

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4
Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 14. Mai 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes!

Auf Grund der §§ 41, 42 und 43 der Satzung berufen wir den

1. ordentlichen Verbandstag des Gesamt-Verbandes
auf den **30. Oktober 1932** und folgende Tage nach Hamburg, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof, ein.

Die Tagesordnung sowie alle weiteren auf die Tagung selbst bezüglichen Bekanntmachungen — Wahl der Delegierten usw. — werden innerhalb der satzungsgemäßen Fristen erfolgen.

Der Verbandsvorstand

Pfingstgedanken 1932

Noch immer leidet die Menschheit schwer unter den Nachwehen des Weltkrieges. Nicht genug, daß 4½ Jahre lang in unsinnigster Weise die Volkvermögen verschleudert und in die Luft geschossen wurden. Nicht genug, daß mehr denn 20 Millionen Menschen der verschiedensten Staaten ihr Leben lassen mußten und wohl ebenso viele als Opfer indirekter Kriegsauswirkungen in der Nachkriegszeit zugrunde gingen durch Not und Elend. Auch das letzte Jahrzehnt hat die Großstaaten Europas nur vorübergehend jene schrecklichen Kriegszeitern vergessen lassen.

Seit vielen Jahren leiden die großkapitalistischen Staaten unter der Weltwirtschaftskrise, die sich besonders in den zwei letzten Jahren so gewaltig ausgewachsen hat, daß wir nun das ungeheure Arbeitslosenheer von 25 Millionen in den verschiedenen Kulturländern feststellen müssen.

Allein diese Schreckensziffer erschwert die rechte Pfingststimmung, Frühlingstimmung und Festesfreude. Ist nicht der harte Kampf ums Dasein wieder in ein Stadium getreten, wo alle Men-

sch en verbrüderungsgedanken der Völker in weite Ferne gerückt scheinen? Alle die Millionen empfinden wohl die furchtbaren Nackenschläge, die sich aus dem jetzigen kapitalistischen System des Wirtschaftsdurcheinanders ergeben. Aber man sucht nach einem Wundermittel und glaubt, daß irgendein Diktator mit Gewalt unmittelbar Hilfe schaffen könnte. Und diese Hilfe erwartet man noch dazu auf nationalem Boden auf Kosten anderer Nationen!

Der Pfingstgedanke wird also in sein Gegenteil verkehrt.

Ähnlich liegt es auch mit den Hoffnungen und Erwartungen des einzelnen, soweit er diesen Strömungen des nationalen Faschismus zuneigt: Man hofft, die eigene Position zu verbessern auf Kosten der anderen. Der sacro egoismo (heilige Egoismus) Mussolinis wird auf die eigene Person übertragen. Wahrlich, ärger ist noch nie gegen den richtigen Pfingstgeist der Menschheit gesündigt worden als in diesen Tagen, da jeder in dem andern nur den Feind sieht und hofft, daß wenigstens ihm sein Arbeits- oder sonstiges Privileg von einst

wiedergegeben werde, seine gesicherte Vorzugstellung und sollten dabei auch die übrigen wieder in die aller Menschheit hohnsprechenden Untertanenrolle früherer Zeiten zurückversetzt werden. Arbeitgeber-Zeitung und Hitler-Führer sind sich vollkommen einig darin: „Die Sozialpolitik muß noch mehr zurückgeschraubt werden. Löhne und Gehälter sind weiter abzubauen. Nur der hat ein Unrecht auf Arbeit, der sich duckt und willig ohne freies Koalitionsrecht, ohne Tarifvertrag dem Unternehmertum

verfallen ist.“ Wohl ist es gelungen, einen erheblichen Teil der Menschheit zu verwirren, indem man sich in ein scheinsozialistisches Kleid hüllte und mit äußeren Mitteln in der hemmungslosesten Weise eine Diktatur versucht. — Aber es wird nicht gelingen, den Pfingstgeist der Menschenverbrüderung dauernd zu unterdrücken. Der brutalen Gewalt mit ihren menschenmörderischen Endzielen zum Bürgerkrieg und neuem Weltkrieg stellen wir gegenüber den großen Pfingstgedanken des Sozialismus und der Demokratie. Fast scheint es, als wären wir heute trotz aller technischen Fortschritte und Erkenntnisse wieder in das Zeitalter des Wunderglaubens geraten. Das Wissen gilt heute weniger denn je. Aber der Sozialismus hat stets Wissenschaft und Erkenntnis in den Vordergrund seines Handelns gestellt, und so sehen wir klar: Der Kapitalismus ist in ein Stadium gelangt, da er sich mit der eigenen Ideologie, mit der eigenen Weltanschauung nicht mehr zu helfen weiß. Nun hat er eine Anleihe beim Sozialismus versucht! Und mit scheinsozialistischer Farbe verheißt er der Menschheit schnellste Hilfe aus allen Nöten unserer Zeit. Wer aber schärfer blickt, sieht in der Vereinigung der Arbeitgeber-Ideologie und der nationalsozialistischen Auffassung den Willen, uns wieder zurückzuführen in die Zeit der Autorität und Reaktion, in die Zeit, da weder Menschenrechte von Staat und Gesellschaft anerkannt wurden noch Demokratie und freies Koalitionsrecht.

Wir glauben noch immer, daß die Waffen des Geistes trotz alledem den Sieg davontragen müssen. Der nationalsozialistische Spuk und Wunderglaube, dem jetzt noch Millionen nachlaufen, muß beim steigenden Licht der Sonne — der Aufklärung —

schwinden, und darum gibt uns das Pfingstfest Kraft und Hoffnung, unsere Ueberzeugung erneut weiten Kreisen klarzumachen. Die Arbeiterklasse muß sich selber helfen, d. h. alle Arbeitenden und Schaffenden müssen sich freimachen von dem Gedanken, daß sie auf Kosten der anderen ein besseres Leben führen wollen. Dieser rechte Pfingstgeist steht im Einklang mit dem Zukunftsgedanken des Weltsozialismus. Mancher unserer Kollegen mag in diesen Tagen freilich wohl die Frage stellen: „Sollen wir,

die wir die Zukunftziele der Menschheit mit unserer Auffassung vertreten, auch dann Anhänger der Demokratie bleiben, wenn von rechts und links hemmungslos die brutale Gewalt als Hauptwaffe erklärt worden ist?“ Gewiß, es ist gegenwärtig schwer, Frieden zu predigen, da uns eine Welt von Feinden umgibt. In diesen Pfingstsonnentagen, da die Natur ihre verschwenderischen Gaben allen bietet, dürfen wir wohl den Gedanken aussprechen, daß wir uns unter gar keinen Umständen zurückdrängen lassen in die alten Zustände der Bevormundung und Unterdrückung.

Wir werden Kämpfer sein und bleiben!

Und darum sagen wir mit aller Deutlichkeit: In der

Abwehr haben Gewerkschaften und Partei wiederholt den Gegnern des Massenaufstiegs, den Gegnern der Demokratie und des Sozialismus die Waffen aus der Hand geschlagen.

Die freigewerkschaftlich Organisierten werden auch in naher wie ferner Zukunft nicht dulden, daß Deutschland dem Faschismus verfallt. Denn damit würde der wirtschaftliche, soziale, rechtliche und kulturelle Aufstieg Deutschlands zunichte gemacht.

Aber wir sind Kämpfer des Geistes, und wir fordern von allen unseren Mitgliedern, all den Hunderttausenden von Arbeitnehmern:

Steht mit uns zusammen im Kampf um das Recht auf Arbeit; — im Kampf um die Gleichberechtigung aller Menschen! — im Kampf um den Sozialismus! — Laßt euch vom rechten Pfingstgeist tragen, der uns lehrt die Menschheitserneuerung und -verbrüderung.

Der Völkerfrühling kommt trotz alledem!

Eine Pfingst-Hymne

Wieder ist es hier,
das Wunder aller Wunder,
das seit undenklichen Zeiten
die Menschenseele mit heiligem Staunen erfüllt.
Wenn aus dem ewigen Schöße
der großen Mutter Natur
millionenfältig neues Leben dem Lichte
[entgegenstrebt.

Aus dem Boden treibt es,
am kahlen Baume sproßt es
in neuer Lebenskraft,
und Vogelei und Muttertier
trägt neues Werden.

Wunder, das ich nicht begreifen kann,
Sonnenwunder, zu dem mein Geist sich froh
du füllst mein Herz mit Zuversicht. [erhebt,

Wie du in Millionen von Jahren
immer höheres Leben geboren,
so muß auch der Mensch,
dein jüngstes Kind,
einmal er selber sein.

Einmal doch muß er,
befreit von aller Schwere,
aller Not,
hellsehend dir entgegengehn,
ein Sonnenkind.

Liddy Jidmann

Gewerkschaften und Landtagswahlen

Wir haben bereits in Nr. 19 der „Gewerkschaft“ das Resultat der verschiedenen Landtagswahlen Revue passieren lassen. Nachdem die Gewerkschaften sich seit den Septemberwahlen 1930 in Erkenntnis der Gesamtsituation mit Recht entschlossen hatten, die Sozialdemokratie als einzig berufene Vertreterin der Gewerkschaftsinteressen anzuerkennen, erscheint es auch berechtigt, einige Lehren aus diesem Kampf zu ziehen.

Da tritt vor allen Dingen für die Gewerkschaftler, die selber in kleineren Orten in die Wahlagitation eingegriffen haben, immer wieder die Erkenntnis in den Vordergrund: wir müssen nicht nur wenige Tage oder Wochen vor der Wahl unsere Aufklärungskampagne im Sinne der sozialistischen Weltanschauung betätigen, sondern während des ganzen Jahres! Genau so, wie die Gewerkschaften unaufhörlich den Indifferenten, Gleichgültigen und Gegnern auf den Leib rücken und ihnen im Betrieb und wo sonst immer Gelegenheit dazu vorhanden ist, klar machen: Ihr gehört zu uns! muß auch innerhalb der Sozialdemokratie die Agitationszeit für das ganze Jahr verbunden werden mit der planmäßigen Erziehungsarbeit zum Sozialismus, wie es in der Vorkriegszeit der Fall war.

Aber auch zahlreiche andere Lehren ergeben sich aus der Kleinagitation, die für die Zukunft stärker beherzigt werden müssen. Das jetzige Listen-System hat ohne Zweifel schwere politische Bedenken für uns. Die Persönlichkeit des Kandidaten tritt stark in den Hintergrund, und ungeheure Anspannung wird den einzelnen nicht mehr zugemutet und die Kontrolle über die Fortentwicklung der Agitation wird allzusehr in den eigentlichen Parteiapparat verlegt. Uns will scheinen, daß wir mit diesem System des Berufsparlamentarierers einerseits und der Partiemaschine andererseits nicht sehr günstig gestellt sind. Allerdings hat es gegenwärtig nicht den Anschein, als ob wir vom Listen-Wahlssystem so bald abkommen könnten.

Wichtiger ist schon die Frage der Agitation unter den Jugendlichen. Mit der Wahlgrenze vom 20. Lebensjahre sind viele Millionen Neuwähler entstanden, die wir in der Agitation fast gar nicht planmäßig erfassen. Wohl wird von der SAJ. Aufklärungsarbeit und vorbereitende politische Arbeit geleistet, und zwar für Jugendliche und Lehrlinge bis zum 18. Lebensjahr. Dann aber klafft eine Lücke. Denn die Sozialdemokratische Partei hat sich infolge der vielen Unzulänglichkeiten im Lager der Jungsozialisten noch immer nicht entschließen können, hier eine Zwischenorganisation zu schaffen, die sich die besondere Aufgabe stellt, gründliche Durcbildung der Jugendlichen vom 20. bis 30. Lebensjahre unter besonderer Berücksichtigung der Psyche dieser Jahrgänge zu schaffen. Ohne Zweifel sind uns darin die Nationalsozialisten über, wenn auch ihre Methoden des Drills und der Demagogie heileibe nicht zur Nachahmung empfohlen werden sollen. Aber gerade gegen diese Methoden kann man in besonderen Lehrgängen sehr viel Material beibringen, das der Psychologie unserer heutigen Jugend entspricht. Darum sehen wir die engere innere Verbindung der Jugendlichen mit der Gesamtpartei als eine unbedingte Notwendigkeit an, wiederum in ähnlicher Weise, wie das in den meisten Gewerkschaften ohne größere Reibung gelungen ist.

Uns will auch scheinen, als ob der innere Organisationsapparat in manchen Großstädten, nicht zuletzt auch in Berlin, das an sich gute Wahlergebnisse aufzuweisen hat, einer dringenden Umbildung bedarf. Die planmäßige Ausbildung der Funktionäre einerseits steht nicht auf hoher Stufe. Andererseits ist die Inanspruchnahme des einzelnen Funktionärs durch Sitzungen usw. viel zu häufig und könnte sicher durch vereinfachten Parteiapparat wesentlich vermindert werden.

Wir sprechen gewiß nichts neues aus, wenn wir als Generalforderung in den Vordergrund gerückt wissen möchten die stärkere Betonung unserer weltanschaulichen Linie auch gegenüber den Tagesfragen. Darum muß die Bildungsarbeit, also Schulungskurse usw., in einen viel breiteren Rahmen gestellt werden, ähnlich wie das die Gewerkschaften mit ihrer Bernauer Schule sowie mit den ungeheuer zahlreichen Bildungskursen und Bildungsveranstaltungen in den größeren Städten seit Jahren erreicht haben.

Dazu gehört auch, daß die Feste der Arbeiter, Mai-feiern usw., etwas liebevoller vorbereitet werden. Gute Beispiele geben uns Leipzig und Wien, die schlechten Beispiele wollen wir nicht nennen, sie sind aber sehr vielen bekannt.

Das Verhältnis von Gewerkschaften und Partei hat sich ja in den letzten Jahren ziemlich geklärt, trotzdem besteht noch hier und da bei manchen mehr politisch tätigen Funktionären die Auffassung, daß die Gewerkschaftler sozusagen bei ihrem Leisten bleiben sollen. Es geht aber nicht an, daß die Gewerkschaftler im Funktionärkörper nur geduldet sind, wenn sie einen erheblichen Teil der Aufklärungsarbeit mit übernommen haben. Hier muß also noch an manchen Orten eine größere Gegenseitigkeit, Duldung und Anerkennung sich herausbilden.

Aber auch einige kleinere Unebenheiten sollen bei der Gelegenheit gleich erwähnt werden, so z. B., daß innerhalb der Partei noch viel scharfer auf absolute Sauberkeit aller leitenden oder bekannten Persönlichkeiten gehalten wird. Die „Affäre Brodat“ hat uns ohne Zweifel erhebliche Stimmzahlen gekostet, und wer die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in den letzten Tagen vor der Wahl verfolgt hat, konnte klar daraus ersehen, daß unsere Gegner, wenn auch in übertrieben demagogischer Weise, jede kleinste Schwäche bis zum äußersten in der Agitation ausnutzen.

Nicht ganz einfach hat sich auch in manchen Gegenden die Stellung der Freidenker-Organisation gestaltet. Während in der Vorkriegszeit die freireligiösen Gemeinden und ähnliche Körperschaften ohne Zweifel für den Sozialismus stark aufklärende Arbeit leisteten, hat die manchmal allzusehr formulierte „Gottlosen-Bewegung“ der Agitation besonders in Rheinland-Westfalen ein Hemmnis bereitet. Diese Erfahrung haben die Gewerkschaften in früheren Jahren ebenfalls machen müssen. Sie sind aber mit den Schwierigkeiten durch bessere Taktik fertig geworden. Hierauf müßte auch das Augenmerk der Partei gerichtet werden.

Sehr viel Unzufriedenheit ist auch in weitesten Kreisen geäußert worden über das unzulängliche Material, besonders über den „Vorwärts“. Wir verkennen die großen Schwierigkeiten nicht für unsere Presse. Wir möchten aber doch meinen, daß die kulturelle Linie viel stärker in den Vordergrund gestellt werden müßte bei solchem Wahlkampf, daß auch ruhig eine stärkere Kritik gelegentlich im eigenen Lager angewendet werden kann, damit wir eine größere Bewegung, also mehr Leben innerhalb der Partei damit erreichen.

Nicht sehr erfreulich ist die Situation geworden mit sehr vielen Lehrern, Beamten usw., die zunächst zur Sozialdemokratischen Partei kamen, dann aber in den letzten Jahren wieder von uns gingen, und von denen heute ohne Zweifel manche Hitler-Wähler sind. Gewiß haben wir nicht die gleichen unerfreulichen Erscheinungen aufzuweisen wie die Kommunisten, daß aus ihrem Lager die Anhänger in hellen Scharen, zu Hunderttausenden, zu Hitler hinüberwechselten. Die Reihen der sozialistischen Wähler sind im allgemeinen gefestigt und weniger labil. Aber ob nicht doch eine spezielle Beachtung der „Beamtenpsyche“ möglich wäre?

Die Nazi-Beamten sind in Wesen und Denken soweit von unserem Willen und unseren Zielen entfernt, daß wir nicht viel an ihnen verloren haben. Aber wenn wir, ebenso wie in der freigewerkschaftlichen Beamten-Bewegung, die grundsätzlichen Unterschiede unserer Bestrebungen noch stärker in den Vordergrund stellen, so werden im vornherein die rein streberischen „Konjunkturpolitiker“ ferngehalten. Das gibt dann eine zuverlässigere Agitationsbasis und wir laufen nicht Gefahr, in neue Enttäuschungen zu geraten. Natürlich ist die wirtschaftlich miserable Lage weitester Kreise der Beamten-schaft ebenfalls ein wichtiger Grund ihrer „Radikalisierung“. Dem demagogischen Geschimpfe der Nazi auf das „jetzige marxistische System“ werden wir die Aufklärungsarbeit über den jetzigen Kapitalismus und unseren sozialistischen Aufgabenkreis noch schärfer gegenüberstellen müssen.

Die ungeheure Not der Zeit macht es verständlich, daß eine zielklare Haltung des einzelnen nicht so leicht zu erreichen ist, wie in der Vorkriegszeit. Darum muß zusammenfassend festgestellt werden, daß es nach wie vor wichtigste Aufgabe der Partei sein muß, in engem Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften eine systematische, unablässige Aufklärungsarbeit durchzuführen. Dabei muß der technisch amerikanisch aufgelegene Reklameapparat Hitlers nicht ganz außer acht gelassen werden. Wir müssen uns aber davor hüten, diesen Apparat als das Wesen unserer Agitation anzusehen. Dieser Apparat muß vielmehr ausgefüllt werden mit dem Geist, dem Ernst, der Gründlichkeit einer andauernden Aufklärungsaktion im Sinne des Sozialismus! E. Dittmer.

Ein Streifzug durch die Mietwohnungen

Die im Jahre 1931 in Berlin abgehaltene Bauausstellung hat manches gezeigt, was als Fortschritt auch in der Wohnkultur zu bewerten ist. Besonders die gezeigten Gegenfälligkeiten ließen so recht erkennen, mit wie wenig Mitteln sich Wohnräume einfach und zweckmäßig ausgestalten lassen. Da sehen wir z. B. „das alte Gemütlichkeitsideal des Plüschsofas mit Häkeldeckchen, des muschelgekrönten Sekretärs und des Vertikos mit Spiegelauflage.“ Das gibt dann ein solches Stilleben zusammen, wie in

unserer Abbildung, in dem sich kein Mensch mehr heimisch fühlen kann. Man stelle sich nur einmal vor, daß eine Hausfrau jeden Tag diese auf- und übereinandergetürmten Gegenstände abstauben sollte. — Aber auch der Kauf einer modernen Wohnungsausstattung, die nach außen hin immer den Eindruck eines gut bürgerlichen Vermittlers soll, bietet durchaus noch nicht die Gewähr für die Schaffung einer kultivierten Häuslichkeit. Auch mit den alten Sachen läßt sich eine geschmackvolle Häuslichkeit schaffen. G. Kaufmann schreibt hierzu in der Zeitschrift „Wohnungswirtschaft“: „Wie aber, wenn Häkeldeckchen, Muschel- und Spiegelauflage, Gelddrucke und Tippees allmählich verschwinden, wenn das an den richtigen Platz gerückte Vertiko recht gut als Bücher- oder Wäscheschrank zu

brauchen ist, wenn man an dem amputierten Sekretär ungehindert arbeiten, auf dem seines Zierats beraubten Plüschsofa bequem ausruhen kann? Wenn es an jenen kleinen Dingen nicht fehlt, die das Auge erfreuen und für den guten Geschmack des Bewohners Zeugnis ablegen? Dieses Milieu, dem der Bewohner nach langjähriger Entwicklungsarbeit, nach Irrungen und Wirrungen

seine persönliche Note gegeben, das er durchkultiviert und auch nach der hygienischen Seite einwandfrei gestaltet hat, darf nach unserer festen Überzeugung einen viel höheren wohnkulturellen Wert für sich beanspruchen als der letzte Schrei des Innenarchitekten Prof. Sowieso, der jedem gegen angemessenes Honorar jedes beliebige Quantum funkelneuester Wohnkultur liefert.“ — Dieses zum Trost für alle jene, die sich nicht moderne Möbel kaufen können und doch in ihrem Heim eine persönliche Wohnkultur nicht entbehren möchten! — Energisch wendet sich dann Kaufmann gegen die Möbelindustrie, die unentwegt Parade-Serienmöbel liefert, ohne nach den tatsächlichen Wohnbedürfnissen der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu fragen: „Unentwegt werden dem ärmsten Proletarier Herrenzimmer, Schlafzimmer, Esszimmer angeboten, die den einzigen Zweck haben, für die Wohlhabenheit ihres Besitzers Zeugnis abzulegen.

... Am Rauchtisch wird zwar nicht geraucht, am Schreibtisch nicht geschrieben, das Büffett steht leer... Man wohnt zwischen teuren Strappen, die um ihrer selbst willen herumstehen, sich über Gebühr breitmachen, einem den teuren Platz wegnehmen. Aber wie dem auch sei: die kleinbürgerlichen Sehnsüchte, oft nur dadurch entstanden, daß vernünftige Möbelzusammenstellungen nicht gezeigt werden, sind befriedigt, die Monatsraten werden stöhnend bezahlt und müssen bezahlt werden, denn das Abzahlungsgeschäft hat eine vorbildlich funktionierende Kartothek.“

„Nach etlichen Jahren hat man“, so fährt er fort, „den Sinn des Wohnens kapiert und den Widerspruch zwischen seiner Lebenshaltung und Wohnform begriffen. Man erkennt: ein proletarisches

Dasein auf schmaler wirtschaftlicher Basis spielt sich zwischen großspurigen Kulissen ab. Mancher entschließt sich zornmütig, das sauer erworbene Gut zu verramschen und sich nach eigenen Angaben ein paar bescheidene, aber dem Zweck und Raum entsprechende Möbel beim Tischler zu bestellen. Viele helfen sich durch den Kauf von Einzelmöbeln, unbefastet von der sehr überflüssigen Sorge, ob die Sachen „zusammenpassen“ oder nicht.“ — Auf den Einwand, daß eben nur der Mensch mit großem Geldbeutel

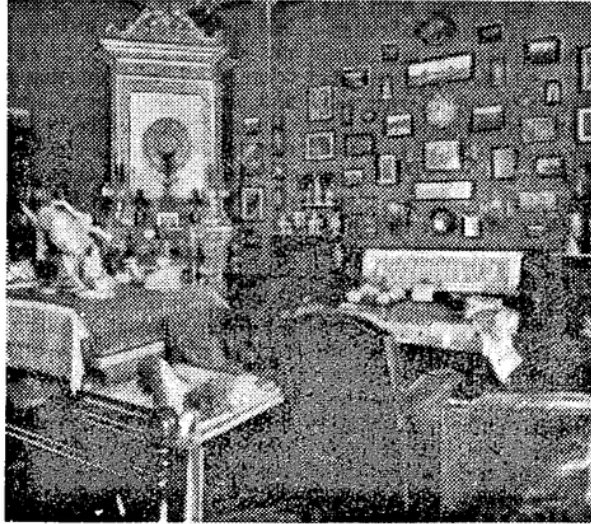
geschmackvoll wohnen könne, erwidert Kaufmann: „Die geschmackliche Ausgestaltung einer Wohnung hängt grundsätzlich nicht davon ab, ob der Wohnungsinhaber ein Arbeiter, Beamter oder Schwerverdiener ist.“ Allerdings — und diesen Schlüssen kommt besondere Bedeutung zu —: „In den Kleinstwohnungen des Reichsnotprogramms können die wohnkulturellen Wünsche nicht verwirklicht werden, ebensowenig dort, wo dauernde Erwerbslosigkeit oder Unterbezahlung des Menschen nur an die Sättigung des Magens denken lassen. Wohnkultur bedarf eines wenn auch nur bescheidenen Ueberflusses an Mitteln und Zeit.“ — Sind diese aber vorhanden, dann wird sich der moderne Arbeiter, Angestellte und Beamte gerne von der Unmenge des in den Wohnungen früher vorhandenen

Trödelkrams trennen und seine Wohnung nach sachlichen und hygienischen Gesichtspunkten ausgestalten. — Zwei Beispiele für wirklich neuzeitliches Wohnen geben uns auch die folgenden Abbildungen. Ist nun mit dem Entfernen des Wohnkittes die Gemütlichkeit ausgezogen — oder eingezogen? Hat die Frage nach der Familiengemütlichkeit in der heutigen Zeit, wo die Auflösung

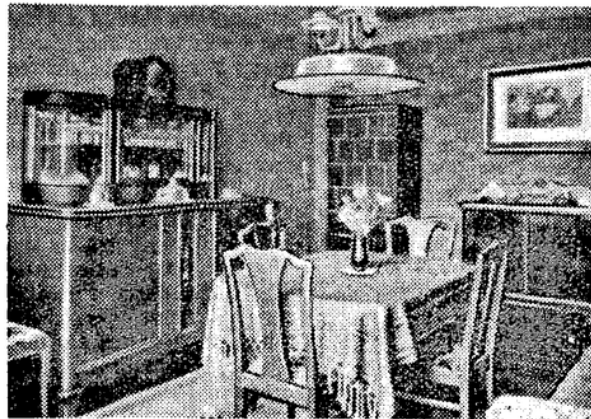
der Familie die Gemüter beschäftigt, noch einen Sinn? Noch immer ist die Familienhäuslichkeit die abendliche Zuflucht für die weitaus größte Mehrheit des Volkes, und so wird das Bestreben, das Heim gemütlich zu gestalten, noch eine Weile seine Berechtigung haben. Die fortschreitende Wirtschafts- und Kulturentwicklung läßt Rückschläge in die alte Wohnklaverei, die Herrschaft der Möbel über die Menschen nicht befürchten. Wenn wir dem Möbel aber die Rolle des Werkzeuges, des dienenden Objekts zuweisen, können wir es nicht als ein notwendiges Uebel bezeichnen und als das Lebenswichtige nur den Raum gelten lassen. Raum und Möbel sind eine

Einheit und jedes ohne das andere wertlos. — Der in kleinen Verhältnissen lebende Arbeitnehmer liebt die Dinge, deren Beschaffung ihm sauer geworden ist. Das ist doch ganz in der Ordnung. Es kommt nur darauf an, daß er diese Dinge nicht aus Liebe „auf den Altar stellt“. Die Wohnkultur des kleinen Mannes wird vom richtigen Gebrauch seines häuslichen Besitzes abhängen, wobei ein bestimmtes Mindestmaß an Einkommen und Wohnraum als vorhanden angesehen wird. Die Wohnkultur des kleinen Verdieners ist daher mit der Schaffung eines Ueberflusses verbunden, der ihm dazu die Wege ebnet. Soweit zur Wohnung selbst.

Die Deutsche Bauausstellung hat aber auch gezeigt, wie man heute bauen soll. Der besondere Fehler der Wohnung im alten Hause ist der, daß man die Sonne nehmen muß, wie sie kommt. Es ist schon ein glücklicher Zufall, wenn die Wohnungen an einer Nord-Südstraße Ost- und Westlage und damit gute Besonnung erhalten. Der Mietpreis einer Wohnung ohne Sonne sollte unbedingt



Das alte Gemütlichkeitsideal



Die typische moderne Einrichtung

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 20

Berlin, den 14. Mai 1932

3. Jahrgang

Gegen den Abbau der städtischen Regie

Kommunale Betriebsrätekonferenz in Sachsen

Die Bezirksleitung Sachsen veranstaltete am Himmelfahrtstage eine Konferenz von Betriebsräten der kommunalen Betriebe Sachsens mit dem Zweck, den Willen zur Erhaltung der Regiebetriebe in den Gemeinden kundzugeben. Anlaß zur Konferenz war ein Beschluß der bürgerlichen Landtagsmehrheit vom 9. Februar, wonach die sächsische Regierung die Gemeinden und sonstigen Körperschaften beauftragen sollte, einen planmäßigen Abbau eigener Regieunternehmen mit Ausnahme der kommunalen Versorgungsbetriebe vorzunehmen. An der Konferenz nahmen teil: 62 Delegierte, 6 sonstige Vertreter des Verbandes und 18 Vertreter von Behörden und Körperschaften.

Erster Bürgermeister Otto Uhlig, Radeberg, referierte über „Die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft“. Er schilderte die jüngste Entwicklung des Kampfes gegen die Regiebetriebe unter Berücksichtigung der Notverordnungen des Reiches und der Staatsregierung. Unter der Führung des Verbandes Sächsischer Industrieller wurde unter Hinweis auf Artikel 164 der Reichsverfassung zu einem Hauptschlag gegen die sächsischen Regiebetriebe ausgeholt. Angesichts der veränderten politischen Machtverhältnisse glaubte das Unternehmertum der sich anbahnenden Dergesellschaftung bzw. Sozialisierung der Wirtschaft erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen zu können. Die Gemeinden werden von der Wirtschaft vielfach lediglich als Ausbeutungsobjekt betrachtet, und die Girokassen der Gemeinden sind oft durch Kredite an die Wirtschaft in Schwierigkeiten geraten. Im Weltkrieg war die Gemeindegewirtschaft ein unentbehrlicher Faktor. — Mit geringen Händen versucht die Privatwirtschaft das kommunale Werkswesen zu erraffen. Der Mittelstand verdankt seine Existenz in der Hauptsache kommunaler Regie. Kommunale Regie ist nicht Sozialismus, aber ein Stück Gemeinwirtschaft, das sich dem Privatkapitalismus verweigert. Im Interesse der Volksgesamtheit muß der Kampf um die Erhaltung aller Regiebetriebe unter der Devise „Volkswohl ist das höchste Gesetz“ energisch geführt werden.

Kollege Stadtrat Kurpat, Dresden, nahm Stellung zu der Frage: „Warum müssen die Gemeinden eigene Betriebe unterhalten?“ An der Hand einer umfangreichen Zahl von Einzelfällen lieferte er den Nachweis, daß in der Privatwirtschaft, selbst bei einzelnen Berufsgenossenschaften und in einzelnen Betrieben vielfach Regiearbeit durchgeführt wird, daß aber bei Erteilung von Aufträgen durch die öffentlichen Körperschaften die Privatbetriebe wesentlich teurere und schlechtere Ausführung liefern. Der Referent war in der Lage, an Einzelfällen nachzuweisen, wie an Private vergebene Aufträge so schlecht ausgeführt wurden, daß nach kürzester Zeit erhebliche Schäden und Mängel auftraten. Er stellte fest, daß, soweit der Kampf gegen die Regiearbeit von der Unternehmerseite mit Grundätzen geführt werde, dieser Kampf nicht ehrlich sei, da die Privatwirtschaftler, wie er in zahlreichen Fällen nachweisen konnte, selbst nach Art der Regiebetriebe vorgehen. Die von den Vertretern der Wirtschaft behauptete Unrentabilität der Regiearbeit sei bisher noch nie und nirgends bewiesen worden. Im Gegenteil, soweit Berichte der öffentlichen Körperschaften vorliegen, sei durch diese festgestellt, daß die Regiebetriebe rentabler seien als andere Betriebe. — Kollege Kurpat warnte die Unternehmer, ihr Spiel zu weit zu treiben, da sonst die Arbeitnehmer gezwungen werden könnten, schärfere Maßnahmen zu ergreifen und schließlich auch das Material über die Ausbeutung der öffentlichen Körperschaften durch Privatunternehmer in vollem Umfange veröffentlicht werden dürfte, wenn die gegen-

wärtigen Hüter dieses Materials, Angestellte und Beamte, wegen Gefährdung ihrer Existenz dazu gezwungen würden.

Nach umfangreicher Aussprache, an der sich Landtagsabgeordneter Uhlig (SPD.), Kollege Kaufsch, Radeberg, Leupold, Plauen, Schäfer, Dresden, und der Schriftleiter Edel der „Sächsischen Gemeindezeitung“ beteiligten, wurde einstimmig folgende Entschliebung angenommen:

„Mit dem Rückgange der Vergebung von Arbeiten auf dem freien Arbeitsmarkt steigern die privaten Unternehmer und deren Organisationen ihren Kampf gegen die Wirtschaft der öffentlichen Hand. In zahlreichen Kundgebungen wird der Abbau der Regiebetriebe gefordert; Anträge zur Einschränkung und völligen Auflösung von gemeindlichen und staatlichen Betrieben sind in fast allen Parlamenten eingebracht worden; Denkschriften gegen die Regiebetriebe kommen allenthalben zur Verteilung. Ein wahres Trommelfeuer auf die öffentlichen Betriebe hat eingesetzt.

Die sächsische Staatsregierung hat inzwischen zu erkennen gegeben, daß sie, einem Landtagsbeschluß Rechnung tragend, durch eine Verordnung auf den Abbau von Regiebetrieben der Gemeinden hinwirken will. Eine entsprechende Anweisung an die Kreis- und Amtshauptmannschaften ist bereits erfolgt.

In dieser Situation erhebt die am 5. Mai 1932 im Kongreßsaal des Dresdner Volkshauses stattfindende Landeskonferenz der im Gesamtverband organisierten Betriebsräte der öffentlichen Betriebe vor aller Öffentlichkeit ihre warnende Stimme.

Nicht aus Eigennutz oder aus Gründen der Erhaltung des Arbeitsplatzes, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen fordert diese Landeskonferenz Erhaltung der öffentlichen Wirtschaft.

Aus der Entwicklung unseres Staats- und Wirtschaftslebens geborene Gründe zwingen zur Übernahme von Wirtschaftsaufgaben durch die öffentliche Hand. Das Bedürfnis, Aufgaben der Allgemeinheit auf lebensnotwendigen Gebieten zu erfüllen, wurde immer größer. Zu den sozialen und fürsorglichen Aufgaben der Gemeinden gesellen sich in immer stärkerem Maße wirtschaftliche Verpflichtungen. Die Eigenart unseres gemeindlichen Lebens forderte immer stärkere Arbeitvergebung und Errichtung eigener Betriebe.

Durch die auf der Konferenz gehaltenen Vorträge ist nachgewiesen worden, daß Gemeinden bei Vergebung von Arbeiten an Unternehmer oft unerhört überbortelt worden sind. Es ist weiter festgestellt worden, daß es eine Reihe nicht vergabungsfähiger Arbeiten gibt, die in eigenen Betrieben ausgeführt werden müssen. Daneben werden in den Verwaltungen und Werkstätten der Städte eine Menge sogenannter Vertrauensarbeiten fällig, die nur in eigener Regie ausgeführt werden können. Regiebetriebe sind darüber hinaus aber auch nötig, um die immer wieder entstehenden Ringpreisbildungen der privaten Unternehmer zu zerstören und damit preisregulierend zu wirken. Mit aller Entschiedenheit tritt die Konferenz der Behauptung, die Regiebetriebe hätten während der Krise keine Opfer gebracht, entgegen. Durch umfangreiches auf der Konferenz vorgetragenes Material ist nachgewiesen worden, daß die Regiebetriebe unter der Finanznot der Städte ebenso schwer leiden, wie die privaten Unternehmer. Die Konferenz stellt weiter fest, daß die von interessierten Kreisen immer wieder aufgestellten Behauptungen, Regiebetriebe arbeiten nicht wirtschaftlich und seien viel teurer als private Unternehmungen, nicht den Tatsachen entsprechen. Erfahrungen lehren vielmehr, daß die öffentlichen Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit in technischer, kaufmännischer und sozialer Beziehung den privaten Unternehmungen keineswegs nachstehen, sondern ihnen oft sogar überlegen sind. Man sollte deshalb endlich auch aufhören, die Dinge so darzustellen, als blieben die Fähigkeiten der Leiter der öffentlichen Betriebe hinter denen der Privatindustrie zurück.

Breite Kreise der Öffentlichkeit würden es nicht verstehen, wenn durch Maßnahmen der sächsischen Staatsregierung der Lebensraum der gesunden öffentlichen Wirtschaft zwangsweise eingengt würde.

Die Konferenz fordert aus allen diesen Gründen Erhaltung der eigenen Betriebe der öffentlichen Hand. Sie tritt für stärkste Steigerung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe ein.“

Das Theater dem Volke!

Zu einer starken Demonstration und gleichzeitig zu einer erhebenden Feier gestaltete sich die große Kundgebung für die Erhaltung des Theaters, die am 5. Mai im Großen Schauspielhaus in Berlin veranstaltet wurde. Träger dieser Kundgebung waren die gewerkschaftlichen Spitzenverbände (ADGB, AfA-Bund und ADB), ferner der Verband der Volksbühnenvereine, die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger, der Deutsche Musikerverband, Deutscher Chorsängerverband und Tänzerbund, Deutscher Arbeiter-Sängerbund und Sozialistischer Kulturbund. Eingeleitet wurde die Kundgebung mit der Overtüre zu der Oper „Oberon“ von Karl Maria von Weber, die von dem vereinigten Orchester der Staatsoper und der Städtischen Oper unter Leitung des Generalmusikdirektors Leo Blech intoniert wurde.

Wallauer, der Präsident der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger, eröffnete die Kundgebung mit einer kurzen Ansprache, in der er den Staat um Hilfe gegen den Verfall des deutschen Kulturtheaters anrief und die Versammlung zum Protest gegen weiteren Abbau der Theater aufforderte.

Unter großem Beifall sprachen hierauf Reichsarbeitsminister a. D. Dr. h. c. Wissell und Oberbürgermeister Brauer-Altona, die vom Standpunkt des Staatsmannes und der Kommunalverwaltung das Kulturtheater als Bildungsstätte feierten und es den Schulen gleichstellten. Hierauf beleuchtete Brodbeck, der Geschäftsführer des Volksbühnenverbandes, die soziale Seite des Theaterverfalls. Insbesondere redete er dem Regie- und gemeinnützigen Theater, gegen die Privat- und Pachttheater, das Wort. — Den stärksten Eindruck aber rief unser Kollege David Stetter hervor, der eindringlich darlegte, welches unentbehrliche Bedürfnis das Kunstleben und die Bühne als Bildungsstätte dem Arbeitnehmer ist, der in eintöniger Büro- und schwerer körperlicher Arbeit Stunden der Erholung, des Genusses und der geistigen Ablenkung bedarf. — Das Theater muß dem Volke erhalten bleiben! Das war der Tenor aller Reden, und Staat und Gesellschaft wurden von jedem Redner aufgefordert, alle Kräfte gegen den weiteren Abbau der Theater einzusetzen.

Tief bedauerlich und höchst beschämend für die Kommunisten war, daß auch diese ernste und doch erhebende Feiertunde von einigen ihrer Schreihälse, die sich besonders bei Stetters Rede bemerkbar machten, zu stören versucht wurde. Die Versammlung ließ sich allerdings nicht provozieren, sondern unterstrich um so lebhafter die Ausführungen Stetters. — Mit diesen KPD-Banausen rechnete Präsident Wallauer kurz ab. Er brachte dann folgende „Forderungen zur Erhaltung des Kulturtheaters“ zur Verlesung, denen einmütig zugestimmt wurde:

„Das Kulturtheater ist in höchster Gefahr. Seine dauernde Vernichtung kann nur dann verhindert werden, wenn sofort und mit Einsatz aller verfügbaren Mittel und Kräfte dem Abbau Einhalt geboten und jeder gangbare Weg zur Sicherung der noch vorhandenen gesunden Einrichtungen beschritten wird.

Das deutsche Theater kann seine gesellschaftliche Funktion nur erfüllen, wenn es von kultureller Verantwortung getragen wird und allen Volksschichten zugänglich ist.

Es dient in erster Linie dem Gedanken einer sozialen Kunstpflege und ist daher allen öffentlichen kulturellen Einrichtungen in jeder Hinsicht gleichzustellen.

Dieses Theater ist nur in der Form gemeinnütziger Unternehmungen unter Führung oder maßgebender Beteiligung der öffentlichen Hand möglich.

Dazu ist notwendig:

1. äußerste Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit in der Wirtschaftsführung der Theater,
2. eine auf den Erfordernissen der Bedarfsdeckung aufgebaute Planarbeit unter staatlicher Kontrolle und Hinzuziehung der an der Theaterwirtschaft beteiligten Organisationen,
3. systematische Publikumswerbung,
4. Förderung und rationeller Einsatz der kulturellen Besucherorganisationen,
5. strenge Führerauslese,
6. Sicherung angemessener Lebensbedingungen und gesunder, tariflich geregelter Arbeitsverhältnisse für die Angestellten und Arbeiter des Theaters,
7. Fixierung und langfristige Sicherung mindestens der kommunalen und staatlichen Minimalzuschüsse,
8. Bereitstellung und planmäßige Zuteilung von ausreichenden Staats- und Reichszuschüssen.“

Alfred Beierle rezitierte dann „Die Schaubühne als eine moralische Anstalt betrachtet“, eine Rede, die Friedrich Schiller in einer öffentlichen Sitzung der Kurfürstlichen Deutschen Gesellschaft zu Mannheim im Jahre 1784 gehalten hat, und die ihrem ganzen Inhalt nach auch noch auf die heutige Zeit paßt. — Mit Richard Wagners Arie „Verachtet mir die Meister nicht“ (gesungen von Walter Großmann) und dem gewaltigen Chor „Wacht auf!“ aus „Die Meisterfänger von Nürnberg“ (gesungen von den vereinigten Chören der Staatsoper und der Städtischen Oper) fand die eindrucksvolle Kundgebung ihr Ende.

Die Veranstalter dieser Demonstration werden nun alle Kräfte einsetzen müssen, daß die erhobenen Forderungen auch durchgeführt werden.
G. Renner.

Arbeitsbeschaffung in Theorie und Praxis

Der „Vorwärts“ vom 1. Mai enthält eine Notiz, wonach das Preußische Staatsministerium beabsichtigt, bei der Reichsregierung zwecks Einführung der 40-Stunden-Woche vorstellig zu werden. In ähnlichem Sinne hat sich auf dem Außerordentlichen Kongress des ADGB auch der Ministerpräsident, Genosse Braun, geäußert. Es bedarf wohl kaum besonderer Worte zur Begründung dieser Maßnahme. Wer die Arbeitsmarktlage der letzten Monate in Verbindung mit der technischen Entwicklung aufmerksam verfolgt hat, der wird zugeben müssen, daß selbst die Einführung der 40-Stunden-Woche nicht mehr ausreicht, um den 6 Millionen Menschen wieder Arbeit zu verschaffen. Der deutsche Produktionsapparat ist so eingestellt, daß selbst bei erheblicher Steigerung des Exports und gewaltiger Hebung des inneren Konsums, der leider nicht einmal bemerkbar ist, die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte nicht mehr gebraucht werden. Also konnte man sagen: Bravo, Preußen, daß du endlich den Mut hast, das Kind beim Namen zu nennen. Nur schade, daß auch in den preußischen Ministerien die Praxis so außerordentlich weit von der Theorie entfernt ist. Wir haben in den letzten Wochen über diese Dinge mit Absicht geschwiegen, das aber noch länger zu tun verbietet uns nicht nur unser gewerkschaftliches Interesse, sondern auch reine Menschlichkeitsgründe, und da gilt es ganz offen auszusprechen, was wahrscheinlich die maßgebenden Minister im einzelnen nicht wissen können, nämlich daß unsere Ministerialbürokratie, die auch größtenteils in Preußen an reaktionärer Gesinnung kaum zu überbieten ist, in den letzten Monaten nicht das geringste getan hat, um die Arbeitsmarktlage zu verbessern. Ungefähr um die Jahreswende herum haben wir, geleitet von dem Gedanken, arbeitslosen Menschen Arbeit zu ver-

schaffen, eine Vereinbarung getroffen, wonach über 65 Jahre alte Personen aus den Betrieben auszuscheiden haben und dafür neue Kräfte eingestellt werden sollen. Die Verwaltungsbürokratie hat aber in der Praxis wohl die alten Arbeiter entlassen, aber dafür keine neuen eingestellt.

Im Kultusministerium haben wir — wiederum geleitet von dem Gedanken, Arbeitskräfte in Arbeit zu bringen — ab 1. Januar für das Pflegepersonal in den Kliniken die 48-Stunden-Woche durchgeführt. Wir haben gleichzeitig den Antrag gestellt, diese Arbeitszeitverkürzung auch für die Ordensschwestern, Rote-Kreuz-Schwester und ehemalige Charité-Schwester durchzuführen. Das ist von der Bürokratie des Kultusministeriums rundweg abgelehnt worden. Aber nicht nur das, man hat im Kultusministerium auch noch dafür gesorgt, daß selbst die vom Finanzministerium bewilligten Mehreinstellungen nicht durchgeführt wurden. Ja, man ist sogar noch weitergegangen, man hat von den durch die Arbeitszeitverkürzung zur Einstellung gekommenen Personen auf Veranlassung des Ministerialdirektors Dr. Richter ein Teil Personal wieder entlassen. Das nennt man Entlastung des Arbeitsmarktes. Will man also den Antrag des Preußischen Staatsministeriums in die Praxis umsetzen, und wir haben keine Ursache, daran zu zweifeln, daß es damit dem Preußischen Kabinett durchaus ernst ist, dann ist Voraussetzung, der Ministerialbürokratie zum Bewußtsein zu bringen, daß sie nicht dazu da ist, den guten Willen des Kabinetts dauernd zu sabotieren, sondern ihn auch entsprechend in die Tat umzusetzen.

Man soll uns nicht mit der faulen Ausrede kommen, daß kein Geld vorhanden ist. Bei einigermaßen gutem Willen sind diese paar hunderttausend Mark, die die Geschichte gekostet hätte, in

Preußen schon noch aufzubringen, zumal es heute, besonders in den Kliniken, so aussieht, als ob mit diesem Personal der Betrieb mit dem besten Willen nicht aufrechterhalten werden kann. Die Folge davon ist, daß das Personal jetzt im Gegensatz zu früher nur 48 Stunden bezahlt erhält, dafür aber dieselbe Arbeit leisten muß, die vor der Einführung der 48-Stunden-Woche bei 54stündiger Arbeitswoche geleistet worden ist. Wir möchten besonders den maßgebenden Herren im Kultusministerium empfehlen, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob es in den Klinik- und Universitätsverwaltungen nicht noch andere Sparmaßnahmen gibt. Allerdings wird man diese Sparmaßnahmen nicht dadurch erzielen können, daß man von Berlin aus vertrauliche Rundschreiben an die Direktoren der einzelnen Kliniken schickt, sondern daß man an Ort und Stelle und unter Hinzuziehung des Betriebsrats Prüfungen vornimmt, wo Einsparungen gemacht werden können.

Landstraßenwärter

40 000 Arbeiter beim Straßenbau in der Tschechoslowakei beschäftigt. Im Vorjahre sind in der Tschechoslowakei Straßenbauten mit einem Gesamtaufwand von 500 Millionen Kronen durchgeführt worden. Von diesem Betrage entfielen auf Arbeiterlöhne rund 85 Millionen Kronen oder 17 Prozent, die Löhne der bei den Lieferfirmen beschäftigten Arbeiter kann man mit rund 75 Millionen veranschlagen. Rechnet man zu diesen Beträgen noch die entsprechende Summe von 15 Millionen Kronen für Versicherung der Arbeiter hinzu, so ergibt sich, daß durch diese Arbeiten insgesamt 175 Millionen Kronen oder 35 Prozent des Gesamtbetrages der Arbeiterschaft zugute gekommen sind. Insgesamt waren im Vorjahre etwa 40 000 Arbeiter beim Straßenbau beschäftigt.

GAS • ELEKTRIZITÄT • WASSER

Museum der Wasserwerke. Anlässlich der Tagung des Märkischen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern wurde das von der Berliner Städtischen Wasserwerke AG. auf dem Grundstück des Altkönig-Wasserwerkes Westend auf dem Spandauer Berg in einem ehemaligen Maschinenhaus errichtete „Museum der Wasserwerke“ der Öffentlichkeit übergeben. Voraussetzungen für die Errichtung des Museums waren die vielen im Besitz der Stadt befindlichen wertvollen Modelle, Darstellungen und Probestücke aus den beiden Ausstellungen „Gas und Wasser Berlin 1929“ und „Deutsche Bauausstellung Berlin 1931“ sowie das Vorhandensein eines geeigneten Gebäudes zur Unterbringung der Sammlung. Das ehemalige neben dem Charlottenburger Krankenhaus auf dem Westender Berg mitten in gärtnerischen Anlagen gelegene Maschinenhaus, das früher fünf große Dampfmaschinen beherbergte, ist für seine neue Bestimmung vollkommen, und zwar mit verhältnismäßig geringen Mitteln, renoviert worden und hat eine durchaus gelungene vorbildliche Umgestaltung erfahren. Das Mittelstück der großen Haupthalle bildet ein riesiges Relief von Groß-Berlin, in das verschiedene Werke, die Dienststellen und die Hauptrohrleitungen der Wasserwerke in Form von verschiedenartig leuchtenden Körpern und Röhren eingebaut sind. Flankiert wird das Relief von zwei großen die Betriebs- und Leistungsverhältnisse der Städtischen Wasserwerke zahlenmäßig und graphisch darstellenden Orientierungstafeln. Die hintere Längswand des Raumes schmücken die erleuchteten Dioramen mehrerer Groß-Berliner Wasserwerke, wie Müggelsee, Lichtenberg und Spandau. Ein Leuchtsaal demonstriert die Leistungen der einzelnen Werke. Eine durch zwei Treppenaufgänge zu erreichende Galerie zeigt eine sehr interessante Sammlung von Erinnerungstücken aus der Zeit der Gründung der Wasserwerke durch die Engländer im Jahre 1856. Ein zweiter Raum, der früher als Kesselraum gedient hat, enthält neben einem großen Panorama „Der Kreislauf des Wassers in der Natur“ und „Die Wasserversorgung Deutschlands“ Modelle der beiden Werke Stolpe und Wuhlheide und Proben der bei dem Städtischen Wasserwerke üblichen Brunnenfilter. Der Zweck des Museums, eine umfassende Darstellung der Berliner Städtischen Wasserwerke, ihrer Entwicklung und Leistungsfähigkeiten, ihrer Bauten und maschinellen Anlagen und ihrer Organisation zu geben, konnte kaum besser erfüllt werden, zumal die Räumlichkeiten jederzeit noch erweiterungsfähig sind.

Gaszeugung und Gasverbrauch in der Tschechoslowakei. Die Zahl der in der Tschechoslowakei in Betrieb befindlichen Gaswerke betrug im Jahre 1930 64, von denen eins im Besitz der Staatsbahnen, 16 im Privatbesitz und die übrigen im Gemeindebesitz standen. Erzeugt wurden insgesamt 115 091 972 Kubikmeter Gas, um 6 716 327 Kubikmeter oder 6,2 Proz. mehr als im Vorjahr. Die Zunahme der Gasproduktion in dem Jahr fünf seit 1925 betrug 44 Proz. Die Länge der Gasleitungen ist im Jahre 1930 gegenüber 1925 um 1085,73 Kilometer auf 29 799,33 Kilometer gewachsen. Auch die Zahl der Abnehmer ist bedeutend gewachsen. Sie

betrug 224 023 Haushaltungen. Auf jeden Bewohner der Städte mit Gasversorgung entfiel in dem genannten Jahre eine Gasproduktion von 43,2 Kubikmeter und ein Gasverbrauch von 35,6 Kubikmeter. Zieht man die Gesamtbevölkerung der Tschechoslowakei in Betracht, so entfallen noch immer auf jeden einzelnen Einwohner 7,8 Kubikmeter produzierten und 6,4 Kubikmeter konsumierten Gases.

RUNDSCHAU

Gesunder Reichskonzern. Die im Reichsbesitz befindliche Vereinigte Industrie-Unternehmungen A.-G. (Diag) legt für das am 31. März beendete Geschäftsjahr 1931/32 eine erfreulich gesunde Bilanz vor. In der Diag, die eine reine Verwaltungsgesellschaft (Holding-Unternehmen) darstellt, sind sämtliche Unternehmungen, die dem Reich 100prozentig gehören, bzw. die Beteiligungen, die das Reich an Unternehmungen genommen hat, zusammengefaßt. Die Dividendeneinnahmen der Diag aus ihren Tochtergesellschaften und Beteiligungen sind im Berichtsjahr von 14,67 auf 12,33 Millionen nur gering zurückgegangen. Andererseits konnten die Unkosten und Steuern um mehr als 16 Proz. auf 0,61 Millionen Mark und die Zinslasten von 3,75 auf 2,68 Millionen Mark abgebaut werden. Von den ausgewiesenen Dividendeneinnahmen wurden 3 Millionen vorweg für Abschreibungen und Rückstellungen verwendet, während im vergangenen Jahr für den gleichen Zweck 3,6 Millionen Mark abgesetzt wurden. Der Reingewinn erscheint mit 9,46 gegen 10,60 Millionen Mark, woraus eine Dividende von 5 gegen 7 Proz. im Vorjahr ausgeschüttet wird. — Die einzelnen Bilanzposten sind im Geschäftsbericht bis ins kleinste erläutert worden und die großen privatkapitalistischen Konzerne, die nach wie vor bestrebt sind, der Öffentlichkeit jeden näheren Einblick in ihre Vermögensverhältnisse zu verwehren, sollten sich hieran ein Beispiel nehmen. Zu dem wichtigsten Bilanzposten „Beteiligungen“, der mit 242,5 Millionen Mark erscheint, bemerkt der Bericht, daß diese als Daueranlagen unabhängig vom Börsenkurs vorsichtig bewertet worden sind. Sollten sich bei einzelnen Beteiligungen weitere Wertberichtigungen notwendig erweisen, so stehen für diesen Zweck stille Reserven in Höhe von 6 Millionen sowie die Sonderrücklage von 4,2 Millionen zur Verfügung. Die genannten 6 Millionen stiller Reserven sind in der vorliegenden Bilanz von dem Gesamtwert der Beteiligungen einheitlich abgezogen worden. Forderungen haben sich von 34,3 auf 47,1 Millionen erhöht. Die Steigerung ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Diag den Reichselektrowerken für die Beteiligung an der Berliner Kraft- und Licht-A.-G. die entsprechenden Mittel vorgezogen hat. — Das Aktienkapital erscheint jetzt nach der letzten Kapitalerhöhung mit 180 Millionen Mark. Gesetzliche Rücklage und Sonderrücklage zusammen betragen 43 Millionen Mark. Von den 34,7 Millionen Schulden, die überwiegend Bankverpflichtungen darstellen, fallen 32,4 Millionen als Auslandsschulden unter das Stillhalteabkommen. — Der vorliegende Abschluß zeigt die starke Widerstandsfähigkeit, die der Reichskonzern in der Krise aufgebracht hat. Das Schmerzenskind der Diag seit dem Beginn der Krise war die Deutsche Industrie-Werke A.-G. in Spandau, die bekanntlich aus den früheren Heereswerkstätten hervorgegangen ist. Dieses Unternehmen wies im vergangenen Geschäftsjahr einen Millionenverlust aus. Hier hat die Diag durch Kapitalzulagen, für die sie 9 Millionen Aktien zur Verfügung stellte, sowie durch einen Barschuß von 2 Millionen erhebliche Opfer bringen müssen. Die Gesellschaft hat aber für diese Sanierungsmaßnahmen bereits in früheren Bilanzen die erforderlichen Rückstellungen und Abschreibungen vorgenommen, so daß die Spandauer Verlustquelle keine Bilanzbelastung für die Diag mehr darstellt.

Die Rentabilität der Dieh- und Schlachthöfe. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts über die Einnahmen der Gemeinden aus den Dieh- und Schlachthöfen geht hervor, daß im Geschäftsjahr 1929/30 ein Reinüberschuß von rund 5,8 Millionen Mark aus den Schlachthöfen herausgewirtschaftet wurde. Die Gegenüberstellung mit der Dorkriegszeit ergibt, daß 1913/14 ein Zuschuß von 648 000 Mk. erforderlich war, während seit 1925, wo die Einführung der stabilen Währung wieder einen ordentlichen Haushalt ermöglichte, dauernd Ueberflüsse erzielt wurden. Die Ueberflüsse betragen 1925/26 rund 3 Millionen, 1926/27 rund 2,9 Millionen, 1927/28 rund 4,7 Millionen, 1928/29 rund 6,4 Millionen und 1929/30 rund 5,8 Millionen Mark. Einen besseren Beweis für die Rentabilität der Regiebetriebe als diese Tatsache kann es nicht geben. In Preußen sind die Hauptüberflugsgebiete die Rheinprovinz, wo die Schlacht- und Diehhöfe einen Reingewinn von rund 1,5 Millionen Mark abwerfen, dann Hessen-Nassau mit einem Reinüberschuß von 659 000 Mk., Niederschlesien mit 275 000 und Pommern mit 206 000 Mk. Mit diesem Ergebnis können sich die Dieh- und Schlachthöfe sehen lassen. Es widerlegt das Märchen, daß die Regiebetriebe nur Zuschußbetriebe seien. Selbst die „Fleischer-Zeitung“ muß angesichts dieser Tatsache schreiben: „Jedenfalls haben es die Gemeinden in der Nachkriegszeit verstanden, ihre Schlacht- und Diehhöfe äußerst rentabel aufzuziehen, so daß sie als Erwerbsbetriebe heute eine Rolle spielen, die ihnen ursprünglich nie zugehört war.“

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Die Tarifbewegungen nach dem 30. April

Bekanntlich sind ab 1. Januar durch die Notverordnung alle Tariflöhne um 10 Proz., teilweise noch darüber, gesenkt. Dadurch sind die Löhne nicht nur auf den Stand von Anfang 1927, sondern in manchen Bezirken auf den Stand von Mitte 1925 herabgedrückt. Trotzdem sind die Unternehmer noch nicht zufrieden. Sie benutzten den Ablauf der Lohnverträge am 30. April, um diese zu kündigen und weitere Lohnsenkung zu verlangen.

Das ist besonders deshalb beachtlich, weil die Mehrzahl unserer Unternehmer Nazis sind und mehr oder weniger offen für die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei eintreten. Diese Partei sucht immer Vertretung von Arbeiterinteressen vorzutäuschen. Schrieb doch das Berliner Naziorgan „Der Angriff“ am 29. April in einer großen Schlagzeile „Neue Verleumdungswelle gegen die Arbeiterschaft, SPD. toleriert“. Man entrüstet sich in dem Artikel über die Kündigung der Lohnverträge für die Gastwirtsangestellten, Bauarbeiter usw. Daraus müßte man eigentlich den Schluß ziehen, daß jeder Unternehmer, der Nazi ist, sich mit allen Kräften gegen den weiteren Lohnabbau wendet. Doch sind gerade die Nazi-Unternehmer die Rufer im Streit. Sie schimpfen auf die hohen Sozialausgaben, die hohen Löhne, die geregelte Arbeitszeit, auf die Urlaubsbestimmungen und fordern Beseitigung jeglicher tariflicher Bindung. Man sieht, Theorie und Praxis sind zwei sehr verschiedene Dinge, ganz besonders bei unseren Unternehmern.

In unserem Beruf wurden fast sämtliche Lohnverträge gekündigt; die Verhandlungen sind noch in vollem Gange. Im allgemeinen wollen die Unternehmer einen tariflosen Zustand. Im Rheinland wurde ein Lohnabbau von 15 Proz. gefordert. Verhandlungen vor dem Schlichter ergaben eine Vereinbarung, nach der für die Landschafts- ein Abbau von 3 bis 6 Pf., für die Erwerbsgärtnerei von 1 bis 3 Pf. erfolgen sollte; die Arbeitgeber haben jedoch nachträglich abgelehnt. — In Sachsen wird gefordert: Verlängerung der Arbeitszeit für vier Monate von neun auf zehn Stunden (!). Ermäßigung des Ueberstundenzuschlages, Herabsetzung des Urlaubs und Lohnsenkung um 7 Proz. Am 10. Mai wird vor dem Schlichter verhandelt. — In Westfalen waren für den 29. April Verhandlungen vor dem Schlichter angesetzt, die Unternehmer waren aber nicht erschienen. Neuer Termin ist für den 9. Mai unter Strafandrohung festgesetzt. — In Bayern ist ein Schiedsspruch beiderseits angenommen worden, der vorsieht: Senkung der Löhne für die Landschafts- und Erwerbsgärtnerei um durchschnittlich 7 Proz. Der Spitzenlohn für Landschaft soll 85 Pf., für die Erwerbsgärtnerei 68 Pf. betragen. Die Dauer der Vereinbarung ist bis zum 31. Dezember d. J. vorgesehen. Für die bayerischen Staatsgärtner soll der bisherige Lohnverträge wie in allen anderen Staatsbetrieben bestehen bleiben. Erstmalige Kündigung ist am 1. Juni zum 31. Juli möglich. — In Frankfurt a. Main fällt der Schlichtungsausschuß einen Spruch, wonach die Löhne in der Landschaftsgärtnerei um 2 Pf., in der Erwerbsgärtnerei um 1 Pf. gesenkt werden. Laufdauer bis 31. August 1932. — In Hannover ist der Lohnverträge für die Landschaftsgärtnerei auf unbestimmte Zeit verlängert. Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage, zu Ende einer jeden Lohnwoche. — Die Lohnverträge für die Baumschule Späth und die Erwerbsgärtnerei Berlin sind zunächst bis zum 20. Mai verlängert. In der Berliner Landschaftsgärtnerei besteht seit dem 1. Mai ein tarifloser Zustand. Die Unternehmer verlangen einen Lohnabbau von 113 auf 95 Pf. — In Württemberg hat man den Lohnverträge zunächst bis 31. Mai verlängert.

Die Verhandlungen für die Landschaftsgärtnerei in Stuttgart sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Es wird verhandelt über einen Spitzenlohn von 85 Pf. Für die Landschaftsgärtnerei in Braunschweig ist der bisherige Lohnverträge verlängert. Er kann mit vierwöchiger Frist zum Ende einer jeden Lohnwoche gekündigt werden. — Für den Blumen- und Pflanzenbau des Freistaates Braunschweig ist eine Kündigung des Lohnvertrages nicht erfolgt, so daß die alten Löhne weiter gelten.

Der Reichslohntarif für die Blumengeschäfte ist zum 30. April abgelaufen. Die Blumengeschäftsinhaber weigern sich, einen neuen Vertrag abzuschließen. — Für die Stuttgarter Blumengeschäfte ist ein Lohnverträge bis zum 30. September abgeschlossen. — Der Lohnverträge für die Blumengeschäfte in Hamburg ist zunächst auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

In schwerster Krise erfolgreiche Werbearbeit

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Laufe des Frühjahrs kaum vermindert, und doch zeigt die Arbeit zahlreicher Vertrauensleute, daß man auch in einer solchen ungünstigen Zeit Erfolge erzielen kann. Einige Beispiele, die uns in den letzten Tagen zuzugingen, mögen das beweisen.

Eine Werbeversammlung in Zittau war von 40 Personen besucht, darunter eine Anzahl Jugendliche. Die Versammlung war von ausgezeichnetem Geist besetzt. Neue Mitglieder und Fachblattleser wurden gewonnen. — Auf dem Friedhof Stahnsdorf bei Berlin wurden in einer Betriebsversammlung 15 Neuaufnahmen gemacht. — Eine Werbeversammlung in Stettin, in der Kollege Busch sprach, zeigte gegenüber den bisherigen Versammlungen einen guten Besuch. Die ausgedehnte Diskussion zeigte, daß allseits die Notwendigkeit intensiver Arbeit anerkannt wurde. — In Chemnitz fand eine gut besuchte Versammlung mit einem Lichtbildvortrag „Die Behandlung der Obstbäume“ statt. Die Stimmung der Versammlung gibt gute Belebung für die weitere Ausdehnung der Fachgruppe. — In Seehof bei Berlin rief ein Lokalverein „Hortikultura“ eine Versammlung ein, zu der unsere Kollegen eingeladen und zahlreich erschienen waren. Ein Referent bemühte sich, über Düngungsfragen Neuigkeiten zu bringen. Als ihm in der Diskussion seine falsche Ansicht über die wirtschaftliche Entwicklung in der Gärtnerei nachgewiesen wurde, wollte er die Diskussion verbieten, weil Politik in ihren Versammlungen nicht statthaft sei!! Der Mann entpuppte sich als ein Mitglied der RGO. Die Versammlung hat ausgezeichnet für uns gewirkt. — Die Fachblattwerbung hat in den ersten Wochen des Monats April gute Erfolge erzielt. So wurden z. B. durch den Kollegen Arfert in Altona neun Bezieher gewonnen. Köln meldete elf, Hannover sechs neue Fachblattbezieher. Schon diese wenigen Zahlen beweisen, daß auch in der jetzigen Situation neue Leser für das Fachblatt gewonnen werden können.

Aus der Arbeit der Notgemeinschaft des Deutschen Gartenbaues

Die Notgemeinschaft besteht seit Ende vorigen Jahres. In ihr sind alle maßgebenden Berufsverbände vertreten. In einer Vertreterversammlung referierte Prof. Ebert vom Reichsverband des deutschen Gartenbaues über die Kontingentierung der Einfuhr von Gartenbau-Erzeugnissen. Nach einer eingehenden Aussprache wurde der geschäftsführende Ausschuß mit der weiteren Bearbeitung der Angelegenheit beauftragt. Dieser Ausschuß nahm dazu nochmals Stellung und beschloß, eine Entschließung den gesetzgebenden Körperschaften und zuständigen Ministereien zu unterbreiten, in der es u. a. heißt:

„... Die Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaues fordert dringlich, nach dem Beispiel anderer Staaten und zur Abwehr ihrer gleichgerichteten Maßnahmen beschleunigt eine Einfuhrkontingentierung nach Maßgabe der deutschen Erntemöglichkeiten und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auch deutsche Gemüse- und Obstkonferven heimische Ernteerzeugnisse enthalten, und die Winterversorgung des Volkes zu angemessenen Preisen sicherzustellen vermögen.

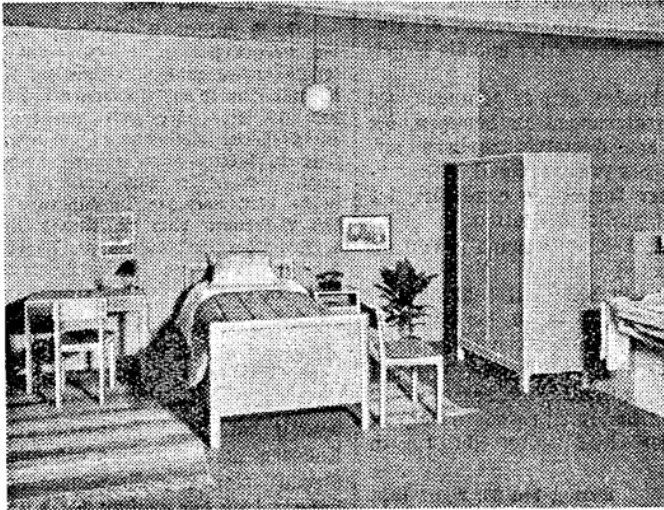
Die Einfuhrkontingentierung bietet die sicherste und gerechteste Möglichkeit, auf der einen Seite überflüssige Einfuhrgüter fernzuhalten und auf der anderen Seite eine Uebervorteilung der Verbraucherschaft zu verhindern.

Der durch die Schaffung einer planmäßigen Einfuhrkontingentierung dem heimischen Gartenbau gewährte Schutz sichert diesen nicht nur vor weiterem Zusammenbruch, sondern schützt auch die Arbeitnehmerschaft vor weiteren Entlassungen. Er bietet im Gegenteil die Möglichkeit zu Neueinstellungen von Arbeitskräften und gibt erst die Voraussetzungen für eine planmäßige gärtnerische Siedlung.“

In gleicher Weise wurde behandelt „Die Not in den öffentlichen und privaten Gartenanlagen“ von Herrn Gartenamtsleiter Martin, Berlin. Die Entschließung hierzu wie auch sonstige Maßnahmen zur Verhinderung des weiteren Abbaues der öffentlichen Betriebe werden in der nächsten Zeit veröffentlicht. Der Ausschuß beschäftigt sich ferner in nächster Zeit mit der Frage der Arbeitsbeschaffung in der Gärtnerei.

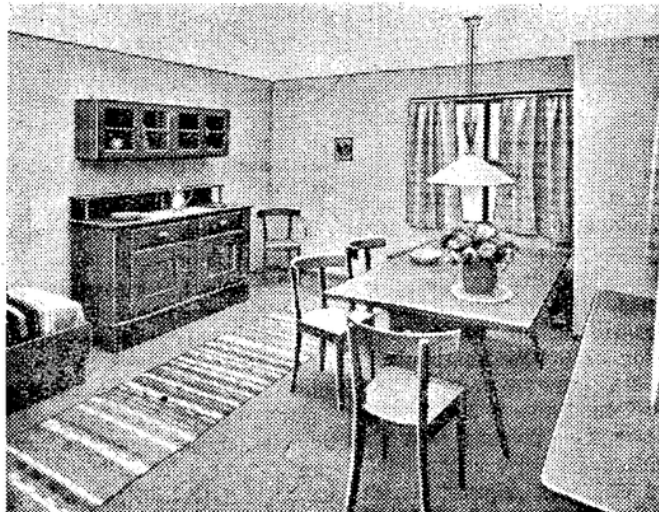
niedriger gehalten werden; denn sie ist minderwertiger. Bezüglich der Anordnung der Zimmer ist man zu der Erkenntnis gelangt, daß bei einer neuzeitlichen Mietwohnung die Zimmer nicht einfach schematisch aneinandergereiht werden sollen. Die neue Wohnung bildet mit ihrer Dreiteilung in Schlaf-, Wohn- und Wirtschaftsräume einen Organismus, wobei die Gestaltung jedes Raumes nach seiner besonderen Funktion erfolgt. Lieber kleinere Zimmer, aber dafür jedem, wenn Kinder vorhanden sind, sein eigenes.

Die Küchen sind neuerdings nach dem Frankfurter System räumlich sehr knapp gehalten, weil sie nur als Arbeitsraum für eine Person berechnet sind und die Wege der Hausfrau bei der Essensbereitung auf ein Minimum beschränken sollen. Zur ausreichenden Belichtung des Flures sind Glasfüllungen in den Türen unentbehrlich. Wo Messing verwendet wurde, wird es zweckmäßigerweise durch Weißbronze ersetzt, und zum Tapezieren werden neutrale unaufdringliche Muster verwendet. Die Badeeinrichtung sollte, genau wie Herd und Ofen, fester Bestandteil jeder Wohnung sein. — Bei der neuen Fensterform, bei der man durch Reduzierung der Geschoßhöhen vom stehenden zum liegenden Rechteck überging, kamen die früher allgemein üblichen Oberflügel in Wegfall. Daß dadurch auch eine andere Anordnung der Gardinen notwendig wurde, ist doch selbstverständlich. Das wird aber anscheinend vielen Hausfrauen sehr schwer. Statt den Querbehang entsprechend schmal zu halten — etwa in Form einer handbreiten Rüsche —, wird sehr häufig die frühere Breite von einem halben Meter beibehalten. Beim Bewegen der Fensterflügel wird nun der Querbehang dauernd gestreift und dadurch beschädigt, abgesehen von der starken Minderung der Lichtzufuhr. Vielleicht ist die Anordnung am



Dorbildliche Ausstattung eines ledigen-Wohnraumes

besten, bei der auf den Querbehang ganz verzichtet und die Vorhänge in die Fensterleibung gehängt werden in Form der Eisenbahnschiene auf deren Unterflansch Halbringe auf kleinen Rädchen laufen. — So hat also die Bauausstellung manche Fingerzeige gegeben, wie gebaut werden soll und wie das Wohnen eine Behaglichkeit ausstrahlen kann, die auch geeignet ist, den Mann an die Wohnung zu fesseln. Leider ist es aber heute noch vielfach so, daß gerade die schlechten Wohnungsverhältnisse Grundursache zur Zerrüttung von vielen Ehen sind, weil der Mann, da er kein gemütliches Heim findet, sich woanders die Zeit vertreibt. — Artikel 155 der Weimarer



Moderne Sachlichkeit im Wohnraum

Verfassung sagt: „Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhindert und dem Ziele zutreibt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte sichert.“ Dieser Artikel meint es wirklich gut. Wo bleibt aber die Umsetzung in die Tat? Gewiß wir verkennen nicht, daß Reich, Staat und Gemeinden heute auch noch viele andere vordringliche Aufgaben zu erfüllen haben. Die Drosselung des Wohnungsbaues aber durch die Einschränkung der zur Verfügung gestellten Mittel schafft nicht nur viele Arbeitslose, sondern führt uns auch weitab von dem Ziele, daß sich die Reichsverfassung in dem eben zitierten Artikel gesteckt hat.

Für die Frauen

Schlechte Käuferfitten!

Im „Berliner Stadtverband“, dem Organ des Stadtverbandes der Berliner Frauenvereine, wird über schlechte Käuferfitten geklagt: „Wohl niemand würde den Geschäftsinhabern und Ladeninhabern das Recht auf den Sieben-Uhr-Ladenschluß bestreiten. Wer von 8 oder 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends ständig „auf den Beinen“ ist, hat wohl ein Recht auf Feierabend. Die Zeit für die

Familie, für Berufsbildung, Schrebergarten oder Geselligkeit ist für alle im Verkauf Tätigen schon an und für sich sehr beschränkt. Leider geht durch schlechte Käuferfitten von dieser knappen Zeit noch manche halbe Stunde verloren. Fünf Minuten vor 7 Uhr erinnern sich viele, die auch vorher Zeit hatten und daran denken konnten, an ihre Einkäufe. Noch Dergefährlichere kommen erst nach 7 Uhr, wenn gerade noch zu Ende bedient wird, und sind froh, daß das Spätkommen der anderen noch ein „Hineinschlüpfen“ in die Ladentür möglich macht. So gefährdet Gedankenlosigkeit die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen . . .“

— Die gewerkschaftlich organisierte Frau wird in erster Linie an die proletarische Verkäuferin denken und sich mit ihr solidarisch

fühlen. Unter normalen Verhältnissen wird sie es als selbstverständlich ansehen, daß sie zur rechten Zeit einkauft, die Verkäuferin nicht unnötig in Anspruch nimmt und ihr genau das Maß an Rücksicht zuspricht, das auch sie im Umgang mit Menschen zu haben wünscht. Aber die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise lastet so niederdrückend auf der Frau, daß sie erbittert oder stumpf wird und nicht mehr die notwendige Elastizität aufbringt, um noch an andere Menschen zu denken. Das ist erklärlich. Aber nicht gutzuheißen. Wir Frauen müssen versuchen, uns so zu disziplinieren, daß wir über dem eigenen Elend die Not der anderen nicht vergessen. Sicher sind jene Menschen glücklich zu preisen, die noch in Arbeit stehen. Aber das harte Los der Arbeitslosigkeit kann sie in jedem Augenblick ebenfalls treffen, und dann sind sie im gleichen Elend. Die Arbeitslosigkeit hat heute nicht nur die Frau erfaßt, sondern oft Mann und Frau zugleich. Bei geringer Ueberlegung läßt sich da eine Zeit ausfindig machen, in der die Geschäfte leer sind. Hat die Hausfrau zu viel zu tun, wird der Mann ihr die Arbeit des Einkaufs abnehmen. Gerade heute, da die Familie jeden Pfennig dreimal umdrehen muß, ehe sie ihn ausgeben darf, ist ein Einkauf in Ruhe unbedingt ein Vorteil: man kann die Ware ausfuchen, man wird sorgfältiger bedient. Ist man in Eile, wird leicht etwas vergessen oder eine falsche Kalkulation gemacht. Die Verkäuferin ist freundlicher, sie kann raten, abraten, einen neuen Vorschlag machen. So lohnt sich die Freundlichkeit, die man indirekt einem Stand gegenüber erweist, meistens auch persönlich.

Es wird der Verkäuferin auch Eindruck machen, wenn proletarische Käufer ihre Solidarität betonen: unser gewerkschaftliches Empfinden läßt es nicht zu, andere Proletarier unnötig zu belasten! Auf diese Art kann unser Einkauf zur rechten Zeit sogar für die Gewerkschaften werbend wirken.

H e n n s c h u m a d e r.

Keine Krisenlohnsteuer der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner

Ein Erfolg des Gesamt-Verbandes

In der Zweiten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 war im Dritten Teil Kapitel III bestimmt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger, soweit sie dem Steuerabzug vom Lohn unterliegen, zu einer besonderen Krisenlohnsteuer herangezogen werden. Im § 4 des Kapitels III dieser Notverordnung war ferner gesagt, daß diejenigen Arbeitnehmer von der Krisenlohnsteuer befreit sind, deren Einnahmen nach Maßgabe des Zweiten Teiles Kapitel I der gleichen Verordnung gekürzt werden; das ist für die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner die Angleichung der Löhne an die Löhne der Reichsarbeiter und die Regellückung ab 1. November 1931.

Den Bemühungen des Gesamt-Verbandes war es gelungen, den Reichsfinanzminister und die Länderregierungen zu bewegen, die Erhebung der Krisenlohnsteuer bei den Gemeindearbeitern und kommunalen Straßenbahnern zunächst bis zum 30. April 1932 aussetzen zu lassen. Einzelne Finanzämter hatten sich geweigert, die Krisenlohnsteuer ab 1. November 1931 zurückzuerstatten.

Unterm 11. April 1932 hat sich der Gesamt-Verband erneut an den Reichsminister der Finanzen gewandt

1. um Verlängerung der Frist über den 30. April 1932 hinaus,
2. um diejenigen Beträge zurückzuerstatten zu lassen, die nach dem 1. November 1931 noch erhoben worden sind.

Nach mehreren mündlichen Verhandlungen, die zum Teil mit dem Finanzminister Dr. Dietrich persönlich geführt werden mußten, ist unter dem 30. April 1932 der nachstehende Erlaß an die Präsidenten der Landesfinanzämter einschließlich Abt. IA in Braunschweig und Lübeck ergangen:

„Der Reichsminister der Finanzen. Berlin, den 30. April 1932. S. 2282 A — 144 III.

Betrifft: Krisenlohnsteuer der Gemeindearbeiter.

Zu meinem Erlaß vom 6. Januar 1932 S. 2282 — 103 III habe ich keinen Widerspruch dagegen erhoben, wenn die für das Besoldungswesen

allgemein zuständigen obersten Landesbehörden den Finanzämtern gemäß meinem Schreiben vom 13. November 1931 S. 2282 A — 85 III erklären, daß, was die Erhebung der Krisenlohnsteuer angeht, für die Zeit bis zum 30. April 1932 die Angleichung der Gemeindearbeiterlöhne bei den unter das Abkommen vom 22. August 1931 fallenden Gemeindearbeitern gemäß § 7 Abs. 4 der Zweiten Gehaltskürzungsverordnung als erfolgt anzusehen sei. Die auf Grund dieses Erlasses abgegebenen Erklärungen der obersten Landesbehörden behalten ihre Wirkung auch für die Zeit vom 1. Mai 1932 bis zum 31. Juli 1932.

Es ist zweifelhaft geworden, ob die in der Zeit nach der Durchführung der Regellückung bis zu der entsprechenden Erklärung der für das Besoldungswesen zuständigen obersten Landesbehörde einbehaltene Krisenlohnsteuer der unter das Abkommen vom 22. August 1931 und den Schiedspruch vom 10. November 1931 fallenden Gemeindearbeiter nach § 152 A.D. zurückerstattet werden kann. Einzelne Landesfinanzämter haben die Erstattung bereits vorgenommen, andere Landesfinanzämter dagegen noch nicht. Ich erkläre mich nunmehr allgemein damit einverstanden, daß die in der Zeit nach der Durchführung der Regellückung, also bei den unter das Abkommen vom 22. August 1931 fallenden Gemeindearbeitern vom 1. November 1931 ab bis zur Abgabe der Erklärung der obersten Landesbehörde, einbehaltene Krisenlohnsteuer der unter die genannten Abkommen fallenden Gemeindearbeiter erstattet wird. gez. F. Dietrich.“

Dieses Kauderwelsch in verständliches Deutsch übertragen heißt, die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner brauchen auch für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1932 keine Krisenlohnsteuer zahlen, und wer diese nach dem 1. November 1931 schon bezahlt hat, kann sie zurückfordern. — Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen daraus erkennen, daß es bei guter geschlossener Organisation der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner trotz der ersten Krisenzeit immerhin noch möglich ist, gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen. Der Gesamt-Verband wird sich darum bemühen, daß die Krisenlohnsteuer auch nach dem 31. Juli 1932 nicht wieder auflieft.

Immer neue „System“-Gelder für die Feinde des „Systems“

Von den 77 Millionen Mark, für die das Reich die Garantie übernommen hat, soll nun auch etwas für die mittlere und kleine Linienfahrt abfallen. Die Reeder sollen sich an die Banken wenden, mit denen sie bisher arbeiteten. Die Banken haben die Bedürftigkeit zu prüfen, doch sollen nur solche Reedereien gestützt werden, die noch „sanierungsfähig“ sind und deren Leitung die Gewähr bietet, daß die Reederei „erfolgreich fortgeführt“ wird. Ein bißchen viel, was da dem Bankier zugemutet wird; wir fürchten jedoch, daß sich die Geldgeber nicht viel Sorge um die drei Bedingungen (Sanierungsbedürftigkeit, Sanierungsfähigkeit und Sanierungswürdigkeit) machen werden, da ja als Garant stets das Reich bleibt.

Wie übrigens den beiden Reedereien Hanja, Bremen und Hamburg-Süd geholfen werden soll, steht noch nicht fest. Vor kurzem wurde gemeldet, daß für sie eine besondere Aktion unternommen werden müsse, da die Hapag-loyd-Union die Reichsgarantie allein verbrauchen würde. Später „eilte es den Tatsachen voraus“, daß die beiden Gesellschaften von der Hapag-loyd-Union je 5 Millionen Mark abbekommen würden. Einig war man sich nur über die Notwendigkeit einer Kapitalzusammenlegung. Bei der Hanja soll diese so vor sich gehen, daß zunächst 8 Millionen „eigene“ Aktien eingezogen werden und der Rest im Verhältnis von 2 zu 1 auf 12 Millionen Mark Aktienkapital ermäßigt wird. Ähnlich dürfte die Sanierung der stark überkapitalisierten Hamburg-Süd vor sich gehen.

Nach der Tramp- und Linienfahrt meldet sich nun auch die Hochseefischerei. Die schlechte Lage der Hochseefischerei ist entstanden aus der mangelnden Kaufkraft der Konsumenten und durch den Krieg zwischen „Erzeugern“ und Handel. Der Handel zieht ausländische Fische auf den Markt, um die Preise niedrig zu halten; so niedrig, daß die Fischerei nicht rentiert. Der Unterschied zwischen den Auktionspreisen und Kleinhandelspreisen ist trotz Goerdelers Verordnung über die Handelsspanne im Fischhandel so groß, daß die Händler auf ihre Rechnung kommen. Eine Folge dieses Krieges ist der Schrei nach Zöllen und Einfuhrverboten — und jetzt die Forderung auf Subvention. Am 1. Mai hat die Hochseefischerei weitere 10 Proz. der Schiffe stillgelegt, so daß

nunmehr 60 Proz. der Gesamtflotte aufliegt. Aufliegende Tonnage ist totes Kapital und war nach dem englischen Wort make the best of it (mache das Beste daraus) immer der Vater des Wunsches, aus alten Schiffen neue zu machen. Wefermünde ist der größte Fischereihafen und ging deshalb voran. Die Vossische Zeitung meldete:

Die Industrie- und Handelskammer Wefermünde forderte zur Stützung des zusammenbrechenden Hochseefischereigewerbes, daß die Fischerei in die vom Reiche der Großschiffahrt gewährte Kreditgarantie mit einbezogen werde und daß ebenso wie bei der Großschiffahrt eine Abwrackbeihilfe gezahlt werde, um durch Verschrottung veralteter und unrentabler Tonnage zu einer Rationalisierung der Fischdampferflotte zu gelangen.

Aus dem Stilllegungsproblem ist jetzt international ein Abwrackproblem geworden. Die Kapitalisten kennen sich, sie sagen, eine Vereinbarung über Stilllegung hat keinen Wert, denn beim ersten Anschein einer Besserung stürzt sich die ganze Tonnage wieder ins Geschäft und zerstört den Keim, aus dem bei pfleglicher Behandlung eine Besserung von Dauer werden konnte. Deshalb ist es besser, man fängt an abzuwracken und scheidet Mitbewerber aus. Man hat sogar entdeckt, daß es für die Seeschiffahrt schädlich ist, daß bei 12 Millionen stillliegenden Tonnen noch immer Schiffe gebaut werden und sogar mit Staatshilfe gebaut werden. Deshalb berührt es wie Ironie, wenn Frankreich, das eben erst hunderte Millionen für Schiffbau bewilligte, den Abschluß einer „Washington Convention“ für die Handelschiffahrt anregt und, ausgerechnet nach Sicherung seiner eigenen Baupläne, einer Einschränkung der Neubauten das Wort redet.

Vielleicht ist aber diese „Kontingentierung“ der einzige Weg, aus der Schiffahrtsdepression herauszukommen. Ein internationales Abkommen müßte für alle Länder die obere Grenze der Tonnage festlegen, im Verhältnis, wie sie durch den heutigen Rang der einzelnen Nationen unter den Schiffahrtsländern gegeben ist. Ein gleichzeitiges Neubauverbot und Abwrackgebot würde bald Ordnung schaffen.

Aber es wird nichts daraus — es riecht nach Plan.

Unsere Jugend

In jeder Ortsverwaltung eine Verbandsjugendgruppe

Jungens und Mädels! Tausende von Jugendkolleginnen und -kollegen sind noch für den Verband zu gewinnen. Im Betrieb, in der Berufsschule, überall wo ihr mit Arbeitskollegen zusammenkommt, müht ihr für den Gesamt-Verband agitieren.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der sozialdemokratische Stadtverordnete Gruhn in Danzig wurde am 3. Mai nach einem kurzen Wortwechsel mit mehreren Nationalsozialisten in Gegenwart seiner Frau erschossen. Die nationalsozialistischen Nordbuben wurden verhaftet.

In dem Harzer Kurort Braunlage in Braunschweig wurde der sozialdemokratische Bürgermeister Koloff mit 120 Stimmen vor dem nationalsozialistischen Gegenkandidaten wiedergewählt. Die SPD steigerte ihre Stimmen von 1000 auf 1200, während die Nazis um die gleiche Stimmenzahl gegenüber der Reichspräsidentenwahl zurückgingen.

Im Banlauer Nazi-Prozess, der sich mit dem Totschlag des Landarbeiters Bässy beschäftigte, wurde gegen die nationalsozialistischen Mörder auf Gefängnisstrafen von zwei Jahren sechs Monaten bis zu drei Jahren drei Monaten erkannt.

Zwei neue Notverordnungen hat der Reichspräsident am 3. Mai 1932 unterzeichnet. Die erste stellt die militärischen Verbände unter die Aufsicht des Reichsinnenministers, dem die Satzungen zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen sind. Beanstandete Satzungenbestimmungen müssen geändert werden. Zuwiderhandlungen können vom Reichsinnenminister mit Wirkung für das Reichsgebiet die Auflösung dieser Organisationen nach sich ziehen. Die zweite Notverordnung löst die „Internationale proletarischer Freiender“, die kommunistisch ist, in ganz Deutschland samt der proletarischen Freiender-Jugend und den Frauenkommissionen auf. Wer sich an diesen Organisationen weiter als Mitglied beteiligt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Das Gesamtergebnis der Reichseinnahmen für das Steuerjahr 1931/32 schließt mit einer Mindereinnahme von 383 Millionen Mark ab. Gegenüber den geschätzten Einnahmen in Höhe von 8,17 Milliarden Mark sind nur 7,78 Milliarden Mark eingegangen.

Die vom 2. bis 4. Mai in Berlin tagende Weltwirtschaftskonferenz hat eine Entschlickeung angenommen, in der vor allen Dingen der Gedanke der Antarktis abgelehnt wird, dagegen Großraumwirtschaft und Zollunionen befürwortet werden. Das unverrückbare Ziel jeder Wirtschaftspolitik muß sein, die widernatürliche Kluft zwischen überhöher, aber schlecht ausgenutzter Erzeugungskapazität und mangelhafter Bedarfsbefriedigung vieler Millionen Menschen zu beseitigen und damit die Bahn für die Wiederbeschäftigung der brachliegenden Arbeitslosenheere frei zu machen.

Der sozialdemokratische dänische Ministerpräsident Stauning hat bei einer Mailundgebung auf einen Gesetzentwurf hingewiesen, der dem Parlament in nächster Zeit zugehen soll. Dieser Entwurf enthält Vorschläge über die Verabschaffung der Schulden der Landwirtschaft und die Einführung eines 6-Stunden-Arbeitstages zur Überwindung der Arbeitslosennot.

Der Reichswirtschaftsminister Warmbold hat in Folge Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftspolitischen Fragen sein Amt niedergelegt. An seiner Stelle ist Staatssekretär Trendelenburg mit der Leitung des Ministeriums beauftragt worden.

Albert Thomas, der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, ist an den Folgen eines plötzlichen Schlaganfalls in Paris am 8. Mai gestorben.

Der Präsident der Französischen Republik, Doumer, ist am 6. Mai einem Revolverattentat zum Opfer gefallen. Der Täter, ein Russe, scheint geisteskrank zu sein. Doumer ist einige Stunden nach dem Attentat gestorben.

Die Landtagswahlen im Memelgebiet haben den Deutschen eine Fünftelmehrheit im neuen Landtag gebracht. Der litauische Block konnte nur 12 005 Stimmen erreichen, die deutschen Parteien 50 661.

Großer Linkssieg bei den Kammerwahlen in Frankreich. Die Kammerwahlen, die am 8. Mai abgeschlossen wurden, brachten folgendes Resultat: Sozialisten 129 Mandate, bisher 112, (+ 17), Unabhängige Kommunisten 11, bisher 5 (+ 6), Unabhängige Sozialisten und sozialistische Republikaner (Painlevé) 37, bisher 32 (+ 5), Radikale (Gerriot) 159, bisher 109 (+ 50), Unabhängige Radikale 62, bisher 90 (- 28), Katholische Demokraten (einschl. elässische Heimatsrechtler) 16, bisher 19 (- 3), Linkrepublikaner (Tardieu) 72, bisher 101 (- 29), Unabhängige Republikaner (Reynaud) 28, bisher 26 (+ 2), Nationalistische Gruppe (Marin) 76, bisher 90 (- 14), Konervative (Royalisten) 5, bisher 8 (- 3), Kommunisten 12, bisher 10 (+ 2). Damit ist die bisherige von Tardieu geführte Rechtsmehrheit zusammengebrochen.

RUNDSCHAU

Hitler bringt nicht Brot, sondern vermehrte Not! Zu den vielen Irrlichtern, die die Hakenkreuzagitatoren ihren gläubigen Wählern vorgaukelten, gehörte auch die Verheißung, daß nur Hitler und die Seinen Arbeit und Brot bringen können, wenn sie erst an der Macht sind. Hitler ist, trotz Goebbels' großmäuliger Verkündung im Sportpalast, nicht Reichspräsident geworden und auch in den Ländern, wo die Nazis Stimmenzuwachs erhielten, ist das Nachtergreifen der „stärksten“ Partei noch weit entfernt. Die Auftraggeber der deutschen Industrie packt nun aber nicht Begeisterung vor der Morgenröte des Dritten Reichs, sondern schon jetzt entsetzliche Grauen vor der Naziherrschaft.

Eine Kieler Werft hatte den Auftrag, für Schweden einen großen Walfänger zu bauen. 500 Arbeiter hätten drei Monate lang Beschäftigung gehabt. Der Walfänger wird aber nicht in Kiel gebaut. Der Auftrag ist zurückgezogen worden, weil, wie der Auftraggeber mitteilt, das Ausland in Folge des Wahlausfalles mit Störungen rechnet. Der Walfänger wird jetzt in Göteborg hergestellt. — Die gleiche Werft hatte auch von Holland beträchtliche Aufträge erhalten. Auch dieser Auftraggeber teilte mit, daß der Auftrag von Kiel zurückgezogen werden müsse, weil Holland mit seiner Wirtschaftskrise sich von dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten nichts Gutes versprechen könne. — Große Auslandsaufträge für die Futurindustrie in Guben sind ebenfalls rückgängig gemacht worden. Der Inhaber einer der größten Gubener Futurfabriken ließ vor einigen Tagen seine Meister und Vorarbeiter in das Betriebsbüro rufen und erklärte ihnen, daß durch das Wahlergebnis bei den Preußenwahlen die bereits erteilten Aufträge, die für die nächsten Monate volle Beschäftigung garantierten, rückgängig gemacht worden seien und er sich nunmehr gezwungen sehe, den größten Teil der Belegschaft zu entlassen. Er fügte hinzu, daß das Wahlergebnis, das nicht zuletzt auch durch verheerete Arbeiterherbeiführung worden wäre, noch weitere Folgen für unsere Wirtschaft nach sich ziehen müsse, die für die Lage Deutschlands furchtbar wären. Die Arbeiterschaft könne sich bei den Hitler-Wählern dafür bedanken. — Ähnliche Erfahrungen hat auch ein Kottbusser Tuchfabrikant bei Verhandlungen in der Schweiz gemacht, wo er ebenfalls keine Aufträge hereinbekam, weil man durch die Wahlen mit Störungen in Deutschland rechnen müsse. — In Blankenberg, einer Enklave des preussischen Kreises Ziegenrüd, wird in der Hausindustrie die Weißwaren-Handluderei betrieben. Eine Düsseldorfser Firma, die bisher von dort ihre Waren bezogen hat, schrieb kürzlich an ihre Lieferanten: „Bei Ihrer Sendung befindet sich ein Arbeitszettel, auf welchem sich der Vermerk „Heil Hitler“ befindet. Wir fügen Ihnen diesen Arbeitszettel bei, damit Sie feststellen können, wer sich von Ihren Leuten diese Unverschämtheit uns gegenüber erlaubt hat. Wir werden die Konsequenzen ziehen, denn wir sind nicht gewillt, Leute zu unterstützen, die eine derartige Gesinnung hegen. Irgendwelche Entschuldigung Ihresseits ist vollkommen zwecklos.“ Seitdem sind von der betreffenden Firma keine Arbeitsaufträge mehr erteilt worden. — Der naziberseuchten Großpapierfabrik Rosenthal an der Saale, Kreis Schöls in Thüringen, gehen in letzter Zeit ebenfalls immer weniger Aufträge zu. Große Firmen bestellen bei ihr nicht mehr. Auch der großen Lederfabrik in Hirschberg an der Saale sind in letzter Zeit mehrfach große Aufträge verlorengegangen, weil auf dem gelieferten Leder mit Kreide geschmierte Hakenkreuze zu finden waren. Auslandsvertreter verließen die Firma ohne Aufträge zu erteilen, nachdem sie in dem Betrieb bemerkten, daß überall die Wände mit Hakenkreuzen beschmiert waren. — In diesen beiden großen Betrieben betreiben hauptsächlich die Angestellten Hakenkreuz-Propaganda.

Bald werden die Naziwähler selber das Grauen kriegen vor den Folgen ihrer Gutgläubigkeit. Bedauerlich ist nur, daß alle andern, die den Rattenfänger melodien der Hakenkreuzler nicht folgten, von dem Unheil der vermehrten Not mit betroffen werden, das uns das Nazitum beschert. — Nachdem (mit Ausnahme von Oldenburg) die politischen Wahlen vorüber sind, werden die Hitler-Gesellen mit verstärkter Kraft an die Eroberung der Betriebe gehen. Alle Gewerkschaftskollegen haben nun die Pflicht, wachsam zu sein und die ungehobelten Gäste zur Tür hinauszuwerfen, sofern sie es wagen, so oder so in die Betriebe einzudringen, um Nazibetriebszellen zu bauen.

Der Rüstungswahnsinn der Welt. Knapp vor der Abrüstungskonferenz hat der Völkerverbund die Rüstungsausgaben der sieben Großmächte für die Jahre 1909 bis 1930 statistisch erfasst. Nach dieser offiziellen Statistik gaben die sieben Großmächte zusammen für Rüstungen aus: 1909 9405 Millionen Schweizer Goldfranken, 1913 12 423 Millionen Schweizer Goldfranken, 1930 14 345 Millionen Schweizer Goldfranken. Hochinteressant sind dabei die Entwicklungskurven bezüglich der einzelnen Mächte! So stiegen die Ausgaben, wiederum berechnet in Millionen Schweizer Goldfranken, von 1909 (über 1913) bis 1930 in Frankreich von 1225 (1885) auf 2290 Millionen, Großbritannien von 1575 (1925) auf 2305 Millionen, Rußland von 1678 (2314) auf 2895 Millionen, Japan von 491 (537) auf 1270 Millionen, Italien von 600 (737) auf 1200 Millionen Schweizer Goldfranken; indes sanken die Ausgaben in Deutschland von 1611 (2570) auf 850 Millionen Schweizer Goldfranken. Die lehrreichsten — und überraschendsten — von all diesen Siffern aber dürften wohl die der Vereinigten Staaten sein! Dort kletterten die Ausgaben von 2225 (2455) auf — 3555 hinauf!

Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

XVIII.

„Die Verhandlungen mit dem Fabrikanten Ben Lewis wegen der Wiedereinstellung der Arbeiter waren sehr interessant und ich glaube, wir können mit dem Manne fertig werden“, war die Feststellung Joans dem Reporter gegenüber.

„Sprach der Fabrikant Ben Lewis von seinen neuen Ideen?“ fragte der Berichterstatter weiter.

„Oh, ja. Und wir diskutierten sie so eifrig, daß wir das Erscheinen seiner Frau darüber nicht bemerkten.“

„Uff! Also mit dem Drachen sind Sie zusammengeplatzt!“

„Nun, der Drache beugte mich durch eine brillantbesetzte Lorgnette und wird, glaube ich, ein recht ungünstiges Urteil fällen. Diese Pille muß gut vergoldet gewesen sein, damit ein Mann wie Lewis sie schluckte.“

„Das trifft den Nagel auf den Kopf. Sein Vater war einer dieser weisichtigen Menschen, die ihr Geld lieber in einem klugen Gehirn als in Staatspapieren anlegen, und Ben Lewis war sein Privatsekretär — mit Ideen und einem Patent in der Tasche, das ihn etwa zwei Pfennig gekostet hatte. Rose wiederum fand keinen Freier — da haben Sie es!“

„Uebrigens scheint der gesellschaftliche Ehrgeiz dieser Dame die Achillesferse der feindlichen Stellung zu sein.“

„Haben Sie einen Plan?“ fragte Martin, der Joan Craig sehr schätzte, interessiert. „Sie wissen, ich bin diskret.“

„Noch nicht. Aber ich muß die alte Belegschaft der Lewis-Werke schnellstens wieder an ihre Arbeitsplätze kriegen, trotzdem es nicht zu meinen Obliegenheiten gehört. Ihre eigenen Gewerkschaften hätten dafür zu sorgen; jedoch mit einem halben Duzend Gewerkschaften für verhältnismäßig wenige Leute ist die Aussicht nicht sehr rosig.“

„Da mögen Sie recht haben. Es gibt keine gemeinsam festgelegten Direktiven, nur Diskhöpfigkeit.“

„Und für mich ist's insofern schwer, als ich doch eigentlich nicht das Recht habe, für die Mechaniker und Techniker zu verhandeln, sondern nur meine eigenen Leute davon abhalten soll, die Ausgesperrten zu ersetzen“, seufzte das junge Mädchen.

„Außerdem ist die öffentliche Meinung auch nicht gerade günstig für die Arbeitslosen“, ergänzte Martin.

Aber diese Bemerkung reizte Joan zum Widerspruch.

„Öffentliche Meinung!... Mein lieber Mann, ich habe zu viele Streiks mitgemacht, um mich um die Gunst und Sympathie des Publikums zu kümmern. Solche Gunst kommt nur in Betracht, wenn man stark genug ist, auch ohne sie zu gewinnen... Eins aber fühle ich: daß Mrs. Lewis' gesellschaftlicher Ehrgeiz ein Hebel ist, von dem ich allerdings noch nicht weiß, wo ich ihn ansetzen könnte.“

„Am Donnerstag veranstaltet sie ein Gartenfest“, plauderte Martin, „und zwar, damit überhaupt jemand vom Landadel teilt, zum Besten der Kriegsbeschädigten. Wie wär's mit einer Demonstration der Arbeitslosen am gleichen Tage?“

„Daß nicht. Nicht bei einem guten Werk für Invaliden.“

Joan, die inzwischen der Kellnerin gewinkt hatte, zahlte ihre Rechnung und schickte sich an, aufzustehen.

„Besten Dank, Mr. Martin. Ich muß mir die Sache reiflich überlegen.“ „Vielleicht hilft Ihnen mein Tip. Ich habe es oft genug erfahren, wie anscheinend belanglose Brocken sich als sehr nützlich erweisen können. Ah, warten Sie, noch eine Neuigkeit, obwohl ich mir nicht schmeichle, Ihnen damit eine interessante Eröffnung zu machen. Am Abend vor Mrs. Lewis' Gartenfest hält die Antikriegsliga eine Versammlung ab, zu welcher der bekannte Fliegerhauptmann Gerald Blain telegraphisch eingeladen wurde und zugegagt hat.“

„Gerry Blain! Und mir hat er nichts davon erzählt!...“

„Es ist erst heute morgen vereinbart worden. Kennen Sie ihn denn?“ Alaric Martin amüsierte sich köstlich über Joans Entzündung.

„Freilich. Sehr gut sogar.“

„Dann geben Sie mir bitte schnell noch ein paar persönliche Notizen über ihn. Ich versprach dem Chef, einen kleinen Lobgesang zu schreiben.“

Reklame für Gerald Blain! Joans Wangen wurden heiß bei diesem Gedanken. Doch Martin hatte bereits ein Notizbuch hervorgeholt, und sie mußte etwas sagen.

„Gut. Zwei Worte. Sein letzter Luftkampf hätte ihn beinahe das Leben gekostet — ein Wunder, daß man ihn noch zurechtlicken konnte. Der alte Blain ist ungeheuer reich, wohnt in Park Lane, doch Gerry will von seinen Millionen nichts wissen,

wenigstens bis vor kurzem, während er jetzt das Vermögen der Arbeiterbewegung zu verwenden beabsichtigt. Genügt Ihnen das?“

„Ausgezeichnet!“ lobte Martin. „Das gibt eine ganze Spalte. Dazu verschaffe ich mir eine Photographie dieses hochherzigen jungen Helden.“

„Gerry würde mir die Augen auskratzen, wenn er ahnte, daß ich Ihnen das erzählt habe.“

„Miß Craig, glauben Sie, daß ein Journalist je verrät, woher seine Weisheit stammt? Wegen eines solch anstößigen Verhaltens würden ihn seine Kollegen mit ihren Federn erstechen und im Tintensaß ertränken.“

„Schön, schön!“ Joan reichte ihm lächelnd die Hand. „Auf Wiedersehen!“

Wenige Minuten später nahm der diensttuende Schalterbeamte ein Telegramm von ihr entgegen, das an Gerald Blain gerichtet war.

Die Besprechung, die um sieben Uhr im Gewerkschaftshaus mit den Mitgliedern ihrer eigenen Gewerkschaft stattfand, währte ziemlich lange und verlief nicht gerade reibungslos, und mit einem entmutigenden Gefühl des Verlassenseins suchte Joan ihr billiges Hotel auf.

Um den redelustigen Reisenden Zeit zu lassen, an ihre Geschäfte zu gehen, kam Joan am nächsten Morgen ziemlich spät zum Frühstück hinunter und sah mutterfeinlein im Speisezimmer, als plötzlich Blain zur Tür hereintrat.

„Gerry, Gerry! Sie?... So schnell!“ In ihrer Freude, das Gesicht eines Freundes zu sehen, bereitete sie ihm den wärmsten Willkomm.

„Na, wenn man ein Telegramm erhält, ist doch die Sache eilig! Also kurbelte ich meine alte Karre an und sauste los!“

„Sie sind doch nicht etwa die Nacht durchgefahren?“

„Nur die halbe. In Doncaster bezog ich Quartier. Nun aber zur Sache. Wo drückt Sie der Schuh?“

Als Joan ihren Bericht beendet hatte, erhob sich Blain von seinem Platz und humpelte zum Kamin, wo er nachdenklich mit dem Schürstein auf ein Kohlenstück loshackte. „Demnach gibt es drei Faktoren, Lewis und seine Arbeiterchaft, Mrs. Lewis und ihr Gartenfest, mich und die Versammlung der Antikriegsliga. Vielleicht tritt noch ein vierter hinzu in Gestalt eines freundlichen Journalisten, ich meine Mr. Alaric Martin, der Mrs. Lewis nicht zu lieben scheint.“

„Sehr zart ausgedrückt, Gerry; sie ist ihm ein Greuel, während er ihn nicht schlecht beurteilt.“

„Liebe mich, hasse meine Frau! Keine ungewöhnliche Situation“, kommentierte Gerry mit der Miene eines Weltweisen.

„Was nun Ihre vier anscheinend zusammenhanglosen Faktoren anbelangt, Gerry, so habe ich das Gefühl, daß wir vermöge des snobistischen Dünkels dieser entseglischen Frau an Lewis herankönnen.“

„Dies ist der Moment, der Sie lehrt, wie ein Genie denkt!...“ Er hielt die gespreizten Finger der linken Hand an seine Stirn. „Schauen Sie genau hin, Joan; vielleicht kehrt solch ein Moment in Ihrem Leben nicht wieder.“

„Möglich!“ lachte das junge Mädchen. „Trotzdem werde ich inzwischen meinen Hut und Mantel holen.“

Als sie zurückkehrte, stocherte Blain im Feuer herum.

„Haben Sie eine Lösung gefunden, Sherlock Holmes?“

„Solch leichtfertiger Ton steht Ihnen schlecht“, tadelte er, um dann ernst fortzufahren: „Wir müssen ihr Gartenfest irgendwie als Erpressung benutzen. Ich glaube, ich werde ihr einen Besuch abstatten und sagen: ein zerschossener Flieger bittet eine gültige Dame, das Herz ihres Gatten zu erweichen, daß er die alten Kriegskameraden wieder einstellt.“

„Mrs. Lewis eine gültige Dame — Gerry, das ist der größte Scherz des Jahrhunderts! Warten Sie, bis sie vor Ihnen steht. Mir scheint, daß Sie bei dem Gatten größere Chancen haben würden.“

„Höchstwahrscheinlich wird mich Mrs. Lewis gar nicht empfangen oder, falls sie sich doch dazu entschließt, sehr groß sein — hiermit rechne ich nämlich“, sagte Blain. „Dann inspizieren wir beide Martin einen giftigen Artikel über ihre Scheinheiligkeit, die einen verkrüppelten Fliegeroffizier, der im Namen der Menschlichkeit für seine Kameraden bittet, vor den Kopf stoßt, um auf der anderen Seite ein Gartenfest für Kriegsbeschädigte zu veranstalten.“